



## **Protokoll der 20. Sitzung**

vom 1. Dezember 2003, 08.00 Uhr  
im Kantonsratssaal in Schaffhausen

- Vorsitz: Hermann Beuter
- Protokoll: Erna Frattini und Norbert Hauser
- Präsenz: Während der ganzen Sitzung abwesend:  
Rolf Hauser, Markus Müller, Silvia Pfeiffer.  
Während Teilen der Sitzung abwesend (entschuldigt):  
Veronika Heller, Stefan Oetterli, Jürg Tanner.
- Traktanden:
1. Bericht des Regierungsrates über die voraussichtliche Entwicklung der Kantonsfinanzen in den Jahren 2004 – 2007 vom 9. September 2003 (Finanzplan 2004 – 2007). Seite 858
  2. Staatsvoranschlag 2004. Seite 875

**Mitteilungen des Ratspräsidenten:**

Die Petitionskommission meldet die 45 Kantonsbürgerrechtsgesuche aus den Gemeinden Rüdlingen, Schaffhausen, Stetten und Thayngen als verhandlungsbereit.

Die Spezialkommission 2003/3 „Entlastung Staatshaushalt“ (2. Auftrag) und „Kostenverschiebungen Zivilschutz“ (3. Auftrag) meldet die beiden Geschäfte als für die zweite Lesung verhandlungsbereit.

Mit Schreiben vom 26. November 2003 teilt Claudia Ellenberger-Richli mit, dass sie auf die Wahl in den Kantonsrat als Ersatz für Regula Stoll verzichtet.

Die FDP-Fraktion wünscht in der Spezialkommission 2003/6 „Spitalgesetz“ die aus dem Rat zurückgetretene Regula Stoll durch Jeanette Storrer zu ersetzen. – Diesem Wunsch wird stillschweigend entsprochen.

Am vergangenen Wochenende haben die Schaffhauser Stimmberechtigten der Änderung des Gesetzes über die direkten Steuern mit 13'951 Ja gegen 7'371 Nein zugestimmt.

\*

**Protokollgenehmigung**

Das Protokoll der 17. Sitzung vom 27. Oktober 2003 wird ohne Änderungen genehmigt und den Protokollführenden Erna Frattini und Norbert Hauser bestens verdankt.

\*

**1. Bericht des Regierungsrates über die voraussichtliche Entwicklung der Kantonsfinanzen in den Jahren 2004 – 2007 vom 9. September 2003 (Finanzplan 2004 – 2007)**

Grundlage: Amdruckschrift 03-95

**Kantonsratspräsident Hermann Beuter:** Wir kommen zur

**Eintretensdebatte,**

wobei ich festhalte, dass wir vom Finanzplan lediglich Kenntnis nehmen können.

**Martina Munz**, Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Der Finanzplan kann erstmals unmittelbar vor der Budgetberatung diskutiert werden. Zeitlich ist er mit dem Staatsvoranschlag 2004 koordiniert worden. Die GPK begrüsst dieses Vorgehen; damit können viele Doppelspurigkeiten in der Verwaltung vermieden werden.

Der Finanzplan hat keinen verbindlichen Charakter. Er ist eine Absichtserklärung der Regierung und zugleich ein Führungsinstrument. Vorläufig kann der Kantonsrat den Finanzplan lediglich zur Kenntnis nehmen. Mit dem neuen Rechtsetzungsprogramm könnte sich dies allerdings ändern.

Der Regierungsrat legt mit dem Finanzplan ein umfangreiches Werk vor, in dem er die Grundlagen für seine Prognosen ausführlich und nachvollziehbar erläutert. Grundlagen sind Trends bezüglich Steueraufkommen, Gesundheitskosten, Wirtschaftsentwicklung und Entwicklung der Wohnbevölkerung. Hinzu kommen die beschlossenen oder eingeleiteten Schritte in der kantonalen und der eidgenössischen Politik. Alle Erwartungen, Entwicklungen und Bedürfnisse müssen im Finanzplan so weit wie möglich berücksichtigt werden. In den letzten Jahren wurden wir allerdings von Entwicklungen überrollt, die kaum vorauszusehen waren.

Der Finanzplan gleicht einem sehr komplexen, feinmaschigen Netz, an dem nicht nur eine, sondern gleich mehrere Arten von Spinnen gewoben haben. Aus den Details und den Erläuterungen sind die wichtigen Stossrichtungen der Departemente allerdings noch zu erkennen.

Der Aufwandüberschuss wird in den kommenden Jahren sicher ansteigen, ebenso der Finanzierungsfehlbetrag. Im Jahr 2007 sollte es aber möglich sein, das Steuer herumzureissen und bei der Laufenden Rechnung sogar einen Ertragsüberschuss von 6 Mio. Franken zu erwirtschaften. Kann der vorgelegte Finanzplan eingehalten werden, so befinden wir uns sicher nicht auf schlechtem Kurs. Doch die Annahmen im Finanzplan sind optimistisch. Der Regierungsrat geht von einem Bevölkerungswachstum von weiterhin 2 Prozent und einem real ansteigenden Wirtschaftswachstum von 1,6 bis 2 Prozent aus, obschon nur ein schleppender Aufschwung zu spüren ist. Mittelfristig wird mit einer leicht tieferen Arbeitslosenquote gerechnet, obwohl gesamtschweizerisch der Trend eher noch in die umgekehrte Richtung zeigt.

Aufgrund des nur langsam spürbaren Wirtschaftsaufschwungs müssen wir weiterhin mit weniger Steuereinnahmen rechnen und die diversen Steuererleichterungen und den Steuerausfall bei den direkten Bundessteuern verkraften. Mit der Revision des Steuergesetzes erhofft man sich aber eine Reduktion der Mindereinnahmen in den Jahren 2005 und 2006, im Jahr 2007 sollten sogar Steuermehreinnahmen möglich sein.

Auf den Kanton werden in den nächsten Jahren noch zusätzliche Kosten überwält. Stichworte dazu sind unter anderem das Entlastungsprogramm des Bundes, die anstehende Revision des KVG und die ansteigenden Kosten bei den Beiträgen an die Universitäten und Fachhochschulen. Auch ei-

gene Projekte des Kantons führen zu Mehrausgaben, so die Revision des Personalgesetzes, Massnahmen im Bildungsbereich und bei der Pensionskasse. Grundsätzlich wird aber versucht, die Sachkosten mindestens zu plafonieren. Der finanzielle Spielraum für den Kanton wird aber leider immer enger. Die eingeleiteten Entlastungsmassnahmen sind vor diesem Hintergrund sehr wichtig.

Bei den Infrastrukturverbesserungen führen unter anderem der Neubau der Diplommittelschule, die Sanierung des Pflegetraktes E und der Engekreisel zu hohen Nettoinvestitionen. Der Finanzplan kann aber nur eingehalten werden, wenn die Nettoinvestitionen auf 25 Mio. Franken limitiert werden. Dies bedeutet, dass neue Grossprojekte separat finanziert werden müssen. Aus diesem Grund ist ein neuer Fonds zur Finanzierung der Infrastruktur des öffentlichen und des privaten Verkehrs vorgesehen.

Die Finanzkraft des Kantons wird vom Bund alle zwei Jahre neu berechnet. Die Kurve auf Seite 12 im Finanzplan zeigt leider deutlich nach unten. Der Kanton Schaffhausen verliert gemäss neuester Berechnung 9 Indexpunkte und hat damit in den letzten zwei Jahren im gesamtschweizerischen Vergleich deutlich an Finanzkraft verloren. Wir haben bis anhin zu den 14 mittelstarken Kantonen gehört, können diese relativ günstige Position mit der neuen Berechnung aber nicht mehr halten. Diesen Finanzkraftverlust müssen wir objektiv zur Kenntnis nehmen, auch wenn wir immer wieder und gerne die Erfolge unserer Wirtschaftsförderung herausstreichen. Wir müssen weitere Anstrengungen unternehmen, um die Stärken unseres Kantons noch besser für Erfolge zu nutzen.

Manchmal wünschte ich mir, in der Finanzpolitik wären Prognosen so einfach wie beim Wetter. Die Wetterprognosen kann man von Jahr zu Jahr präziser, detaillierter, langfristiger und auch unterhaltsamer präsentieren. Beim Staatshaushalt verhält es sich genau umgekehrt. Eine Prognose zu stellen gestaltet sich von Jahr zu Jahr schwieriger. Die äusseren Einflüsse werden immer dramatischer und schlagen sehr kurzfristig und fast wie ein Blitz ins Budget ein. In der GPK haben wir bereits einige Erfahrung darin, die Kantonsfinanzen durch stürmische Gewitterfronten zu führen. Wir mussten lernen, Blitzableiter zu sein, und haben uns deshalb für den Voranschlag 2004 besonders gut geerdet.

Die GPK dankt der Regierung für die sorgfältige und aufwändige Zusammenstellung der aufschlussreichen Unterlagen und beantragt dem Kantonsrat, vom vorliegenden Finanzplan Kenntnis zu nehmen.

Ich möchte die Gelegenheit für eine Information in eigener Sache nutzen. Die GPK hat sich auf Initiative einiger Mitglieder ein eigenes Pflichtenheft gegeben. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre war es der GPK ein Anliegen, bestehende Abläufe transparenter zu gestalten und insbesondere neuen Mitgliedern die Einarbeitung in die Kommissionsarbeit zu erleichtern. Bisher existierte in der GPK weder ein Reglement noch ein internes Papier, in dem die Aufgaben der GPK näher umschrieben waren.

Im Pflichtenheft werden Ziele und Aufgaben der GPK aufgeführt, aber auch Hinweise zu Organisation, Arbeitsweise und Kommunikation. Ausserdem wird darin die Form der Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat, der Staatskanzlei und den Departementen näher umschrieben. Mit der neuen Kantonsverfassung musste auch die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle neu geregelt werden.

Das Pflichtenheft kann beim Sekretariat des Kantonsrates bezogen werden.

**Peter Altenburger:** Die FDP-Fraktion hat den neuen Finanzplan beraten und das getan, was sie ohnehin tun musste: Sie hat von ihm Kenntnis genommen.

Die Aussichten sind weder berauschend noch dramatisch. Zudem ist der Streubereich wegen vieler Fragezeichen auf der positiven wie auf der negativen Seite wesentlich grösser als beim Staatsvoranschlag, der ja für 2004 identisch ist mit dem ersten Jahr des Finanzplans. Aber bereits hier wird es in der heutigen Sitzung zu Abweichungen kommen, die auch den Finanzplan beeinflussen. Folgen Sie den Anträgen der GPK, so wird der Einfluss positiv sein.

Ich kann mich nicht erinnern, dass bei einem Finanzplan die Zukunft nicht recht düster dargestellt worden wäre. Dieser Zweckpessimismus gehört offenbar zum politischen Geschäft. So wird zum Beispiel auf Seite 11 berichtet, die konjunkturelle Entwicklung in den USA sei bisher eher schwach verlaufen. Ich weiss nicht, wie alt der Finanzplan bereits ist, aber aus heutiger Sicht trifft genau das Gegenteil zu. Die Konjunktur in den USA boomt auf einem Niveau, das bezüglich Zins- und Währungsstabilität fast beängstigend ist. Auch die Bemerkung, die Geschäftslage im Bankensektor habe sich verdüstert, ist dank ausgezeichneter Betriebsergebnisse überholt. Dass es sogar im Kanton Schaffhausen wieder aufwärts gehen soll, konnten Sie letzte Woche den Medien entnehmen. Unsere Regierung hat offenbar auch nicht mit einem erfolgreichen Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket gerechnet. Sie hat aber dazu beigetragen, dass die Reform der Ehe- und Familienbesteuerung bei der Bundessteuer erst ein Jahr später in Kraft tritt und die entsprechenden Mindereinnahmen von 3,7 Mio. Franken erst im Jahr 2006 durchschlagen.

Ich möchte diese Bemerkungen nicht nur als Kritik verstanden wissen, sondern vor allem als Hinweis darauf, was dieser Finanzplan darstellt. Er ist vor allem eine Arbeitsunterlage, die aufzeigen soll, wohin die Reise in den nächsten Jahren geht beziehungsweise gehen könnte. Dabei müssen wir uns dessen bewusst sein, dass verschiedene Zwischenstationen dieser Reise noch in einem starken Nebel liegen.

Die Regierung hat ehrgeizige Sparziele gesetzt, was sehr erfreulich ist. Sie hat auch immer wieder erwähnt, sie wolle den Kanton Schaffhausen auch für natürliche Personen steuerlich attraktiver machen. Auch das ist sehr erfreulich, nur sollte man dann dem Kantonsrat nicht immer die Steuerausfälle

unter die Nase halten, sondern auch die positive Seite und die damit ausgelösten Wachstumsimpulse würdigen. Aber am gestrigen Sonntag war ja die Regierung mit einer sozusagen eigenen Steuerentlastungsvorlage erfolgreich. Dazu möchte ich sie herzlich beglückwünschen. Ich überlasse der Regierung gerne den Erfolg mit diesem kleinen Paket, freue mich aber schon jetzt auf das grössere Paket vom 16. Mai 2004.

**Charles Gysel:** Der Finanzplan hat keinen verbindlichen Charakter; er ist eine Leitlinie, ein Führungsmittel. Der Kantonsrat kann davon leider nur Kenntnis nehmen und einige Bemerkungen dazu machen. Der Finanzplan stellt eine Häufung von Annahmen dar, die zu einer perspektivischen Betrachtungsweise verdichtet werden. Die SVP-Fraktion ist erfreut, dass der Finanzplan mit dem Staatsvoranschlag koordiniert wurde, sodass wir nicht über gewaltige Differenzen zwischen Finanzplan und Staatsvoranschlag diskutieren müssen.

Nach Meinung der Regierung müssen wir in der Planperiode einige Defizite in Kauf nehmen, bis die Attraktivierungsmassnahmen zu Buche schlagen. Mit anderen Worten: Der Finanzplan stellt in vielen Bereichen auf Hoffnung ab. Die Unterlagen basieren auch nach wie vor auf den strategischen Zielen und auf dem Legislaturprogramm 2001 – 2004. Die unveränderte Vorlage der Regierung vom 5. Juni 2001 ist dem Finanzplan angehängt. Im Sinne einer rollenden Planung hätten wir allerdings eine Überarbeitung oder wenigstens Verdeutlichung einiger Schwerpunkte erwartet. Die Regierung bleibt bei ihren damaligen Aussagen. Die Gesamtstossrichtung ist somit unverändert. Das ist gut so. Man kann eine Strategie nicht immer ändern.

Wenn Sie die Zahlen analysieren, stellen Sie fest, dass über drei Jahre Steuerreserven in die Laufende Rechnung einfliessen. Dies gilt auch für die befristeten Nationalbankauszahlungen. Auf die Frage, was nachher geschehe, gibt es keine Antwort. Es seien zu viele Unsicherheitsfaktoren auch mit dem neuen Finanzausgleich des Bundes vorhanden.

Der Finanzplan ist ja unverbindlich, niemand wird die Zukunft genau voraussagen können. Trotzdem einige Bemerkungen dazu:

1. Es wird von einer Wirtschaftsentwicklung von 2 Prozent ausgegangen. Der Kanton setzt stark auf Wachstum, was in diesen Zahlen auch zum Ausdruck kommt. Wir hätten im Finanzplan lieber weniger geplantes Wachstum, also tiefere Annahmen. Immerhin stellen wir fest, dass die Wirtschaft von tieferen Wachstumszahlen ausgeht. Wohin es führt, wenn ein System nur mit Wachstum am Leben erhalten werden kann, sehen wir in den Nachbarländern. Das geht in den wenigsten Fällen gut. Die SVP ist, was diese Wachstumszahlen anbelangt, dem Finanzplan gegenüber etwas skeptisch. Sie können sich selbst Gedanken machen, wie unsere Planzahlen aussähen, wenn wir das prognostizierte Wachstum weglassen würden.

2. Es wird auch von einem Bevölkerungswachstum von 2 Prozent ausgegangen. Das wäre ja gut so. Nur generiert diese Zahl noch keine Einnah-

men. Vielleicht kommen aufgrund unserer Steuer- und Sozialpolitik zahlreiche Leute nach Schaffhausen, die unsere Finanzen belasten, statt etwas zu deren Verbesserung beizutragen.

3. Die Zahlungen der Nationalbank werden als feste Grösse eingeplant, und zwar im Wissen, dass diese Grösse auch einmal ändern könnte. Allerdings dürfen wir für die Planperiode mit den geplanten Zahlungen rechnen.

4. Die Regierung will den Sachaufwand ab 2005 stabilisieren. Warum nicht schon für das Jahr 2004? Ich hoffe, dass beim Staatsvoranschlag 2005 weder die Regierung noch die GPK diese Aussage vergessen hat. Aber es ist zumindest eine äusserst erfreuliche Aussage der Regierung und eine gute Absicht. On verra. Geschätzte Herren Regierungsräte, an euren Taten werden wir euch messen!

5. Wenn wir unser Gesundheitssystem im Kanton Schaffhausen auf diesem Niveau halten wollen, müssen wir mit massiven Kostensteigerungen rechnen. Im Zusammenhang mit den Leistungsvereinbarungen werden wir künftig möglicherweise einiges steuern können. Ob wir allerdings die Kosten in den Griff kriegen, wird sich zeigen.

Die Zeitschrift „Facts“ hat kürzlich eine Zusammenstellung von teuren und günstigen Spitälern veröffentlicht. Von 26 Spitälern ist Schaffhausen an zweitoberster Stelle; nur Obwalden ist noch teurer. Die durchschnittlichen Kosten pro Behandlung in der kantonalen Grundversorgung beliefen sich nach dieser Zusammenstellung im Jahre 2001 in Schaffhausen auf Fr. 10'700.-, im Kanton St. Gallen auf Fr. 4'200.-. Demgemäss wäre Schaffhausen nicht ganz drei Mal so teuer wie St. Gallen. Es gibt sicher Gründe dafür, aber dennoch scheint mir die Differenz sehr hoch zu sein. Ich sage dies auch im Hinblick auf den Finanzplan. Man müsste die Kostensteigerung besser in den Griff bekommen.

6. Im Jahre 2005 ist ein Lohnprozent für die Revision des Personal- und Lohnrechts eingestellt. Die SVP verlangte Kostenneutralität. Wir werden in der Kommission, die das Personalgesetz revidiert, die Kosten nochmals analysieren müssen. Stark ins Gewicht fallen dürfte auch die Verbesserung des Deckungsgrades bei der Kantonalen Pensionskasse. Eine Revision des Pensionskassendekretes ist ja in Diskussion.

7. Ein Thema ist auch die Auflösung von Steuerreserven von insgesamt 14 Mio. Franken, die bis 2006 in die Laufende Rechnung fliessen. Wir finanzieren damit mögliche Löcher in der Laufenden Rechnung. Was geschieht aber, wenn diese Reserven aufgebraucht sind? Hier vermissen wir ganz eindeutig eine Erklärung.

8. Unerfreulich ist natürlich, dass sich in der Planungsperiode die Schuldenlast massiv verschlechtert. Ende 2002 hatten wir 128 Mio. Franken Schulden. Bis Ende 2007 rechnen wir mit 176 Mio. Franken. Irgendjemand muss diese Schulden zurückzahlen. Ich verkenne dabei nicht, dass ein Grossteil dieser Neuverschuldung auf Investitionen zurückzuführen ist. Trotzdem: Für die SVP-Fraktion ist klar, dass wir den Finanzen Sorge tragen müssen.

Auch bei Investitionen werden wir uns gut überlegen müssen, ob sie wirklich notwendig sind oder ob sie auch mit weniger Perfektion realisiert werden können. Der Bedürfnisabklärung wird noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen.

9. Die Gesamtbeurteilung durch die SVP-Fraktion sieht etwa so aus: Wenig erfreuliche Aussichten. Nicht einmal mit den Sonderfaktoren „Steuerreservenauflösung“ und „höhere Mittel von der Nationalbank“ behalten wir im Finanzplan das Gleichwicht.

Würden wir diese Sonderfaktoren einmal ausklammern und das nach unserer Ansicht allzu optimistische Wachstum ebenfalls ausklammern beziehungsweise relativieren, sähe der Finanzplan eher katastrophal aus. Wir sagen das natürlich auch im Hinblick auf die steuerliche Konkurrenzfähigkeit unseres Kantons. Deshalb sind wir sehr froh, dass die Steuergesetzrevision so gut angenommen worden ist. Nun bleibt uns im Hinblick auf höhere Steuereinnahmen nach einer Teilrevision des Steuergesetzes, das mit einer steuerlichen Entlastung verbunden ist, sowie hinsichtlich der Finanzplanzahlen nur noch die Hoffnung. Hoffen dürfen wir alle, es ist auch der Regierung gestattet. Das will aber nicht heissen, dass man Planzahlen allzu stark auf Hoffnung aufbauen sollte.

**Richard Mink:** Der Finanzplan besteht ja aus zwei Teilen, einem Rückblick und dem eigentlichen Finanzplan, dem Ausblick. Weil ich geschichtlich interessiert bin und versuche, aus der Geschichte Lehren zu ziehen, gestatte ich mir zuerst einige Hinweise auf den Rückblick. Wir haben in den letzten fünf Jahren in der Laufenden Rechnung vier Mal Ertragsüberschüsse verzeichnen können. Wir haben einen Selbstfinanzierungsgrad von 169 Prozent. Das heisst, wir haben laufend Schulden abgebaut. Wir haben die Nettolast reduziert. Wir haben Nettoinvestitionen in der Höhe von 63 Mio. Franken getätigt. Wir haben den Steuerfuss zwei Mal reduziert und ein Steuergesetz erlassen, das uns eine Steuersenkung um etwa 4 Punkte gebracht hat. Wenn man den Finanzplan liest, könnte man sagen: Der Wirtschaftsförderung sei Dank. Sie hat einen wesentlichen Teil dazu beigetragen. Diese positiven Nachrichten dürfen sicher erwähnt werden. Und nun die Lehre daraus: Dem Kanton geht es gut bis sehr gut. Eine kleine Nebenbemerkung kann ich mir allerdings nicht verkneifen: Der Mehrzahl der Gemeinden geht es nicht so gut. Hätten die Gemeinden in den letzten vier Jahren auch solch gute Resultate verzeichnen können, gäbe es in einigen manche Sorge weniger.

Der Finanzplan präsentiert sich immer schlecht bis sehr schlecht. Der Staatsvoranschlag ist jeweils etwas weniger schlecht, aber immer noch negativ. Die Rechnung ist meistens gut bis sehr gut. Auch diesmal das Gleiche: Der Finanzplan zeigt Aufwandüberschüsse in der Laufenden Rechnung von 3 bis 7 Mio. Franken pro Jahr. Die Investitionsrechnung zeigt Nettoinvestitionen von durchschnittlich 31 Mio. Franken pro Jahr auf. Der Selbstfi-

nanzierungsgrad liegt bei katastrophalen 53 Prozent. Wir haben also eine massive Mehrverschuldung. Der Kanton lehrt die Gemeinden jeweils, ein Selbstfinanzierungsgrad von 70 Prozent sei noch tragbar. Was darüber liegt, ist ordentlich, und mehr als 100 Prozent bedeuten Schuldenabbau. Erst ab 2007 soll mit einer Verbesserung vor allem auch in der Laufenden Rechnung die Trendwende eintreten. Der Kanton rechnet mit einer zusätzlichen Verschuldung von 50 Mio. Franken in der zur Diskussion stehenden Periode.

Noch eine weitere Lehre, die wir aus der Geschichte ziehen können: Die von mir geschilderte positive Entwicklung hinsichtlich Finanzplan, Staatsvoranschlag, Rechnung kommt natürlich nicht von selbst. Hier darf man der Regierung sicher attestieren, dass sie bestrebt war und ist, diese positive Entwicklung zu beeinflussen. Der Kantonsrat muss mithelfen, dass dieser Finanzplan, wie er nun vorliegt, nicht Wirklichkeit wird. Meines Erachtens dürfen wir in den nächsten Jahren eine zusätzliche Verschuldung in der Höhe von 50 Mio. Franken nicht in Kauf nehmen. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass der Kantonshaushalt auch in Zukunft gut bis sehr gut bleibt. Dann kann der Kanton auch für die Gemeinden etwas tun. Und das kommt uns allen zugute.

Unter diesem Aspekt nimmt die CVP-Fraktion den Finanzplan zur Kenntnis. Sie attestiert dem Regierungsrat, dass er eine sorgfältige und ausführliche Arbeit abgeliefert hat.

**Liselotte Flubacher:** Die SP-Fraktion begrüsst es, dass diesmal der Finanzplan und das Budget zusammen behandelt werden können. Das ist auch aus Effizienzgründen sinnvoll. Der Finanzplan ist nach unserer Ansicht allzu sehr auf Entlastung und Sparen statt auf eine Attraktivierung des Kantons in verschiedenen Bereichen ausgerichtet. Das Papier lässt Visionen vermissen. Ausser dem verbesserten finanziellen Anreiz für die Gutbetuchten und die Familien sind kaum Verbesserungen und Vorschläge zur Attraktivierung vorhanden. Im Finanzplan ist weder die Rede von Blockzeiten noch von der vermehrten Förderung ausserfamiliärer Betreuungsangebote. Familienfreundliche Strukturen wären aber dringend notwendig. Wir haben es gestern gesehen: Das Ergebnis der städtischen Abstimmung über die Tagesschule zeigt, dass diese wirklich ein Anliegen ist; eine grosse Mehrheit hat dafür gesorgt, dass die Tagesschule weiter bestehen kann.

Eine bessere Anbindung an Zürich ist ebenfalls in nächster Zeit nicht vorgesehen. Der Halbstundentakt ist noch in weiter Ferne. Wir müssen schauen, dass wir nicht auf dem Abstellgleis landen.

Im Grossen und Ganzen fänden wir es gut, wenn der Finanzplan so umgesetzt werden könnte. Unseres Erachtens ist das Papier jedoch etwas zu positiv ausgefallen. Die Wirtschaftsprognosen mit 2 Prozent Bevölkerungswachstum, 1,6 bis 2 Prozent Wirtschaftswachstum und einer sinkenden Arbeitslosenquote sind sehr positiv. Das ganze Entlastungsprogramm des

Bundes, welches grosse Belastungen für die Kantone mit sich bringen wird, ist im Finanzplan nicht berücksichtigt. Es ist noch nicht zu beziffern, wie viele zusätzliche Belastungen im Bildungsbereich – Beiträge an Universitäten und Fachhochschulen und so weiter – oder mit der KVG-Revision auf die Kantone zukommen werden. Die SP-Fraktion setzt bei der Plafonierung des Sachaufwands ein Fragezeichen.

Ein weiterer Problembereich zeigt sich bei den Gemeinden. Immer mehr kleine Gemeinden sind hoch verschuldet. Das jüngste Beispiel liefert die Gemeinde Trasadingen, die vom Kanton mit Fr. 150'000.- unterstützt worden ist. Weitere Gemeinden, denen der Kanton unter die Arme greifen muss, werden folgen. Verstärkte Zusammenarbeit und Fusionen sind in diesen Gemeinden nicht möglich, wenn nicht vorher eine Entschuldung durchgeführt worden ist.

Ein Weg zur Finanzierung des Verkehrsbereichs, also des öffentlichen und des Individualverkehrs, ist durch die Schaffung eines zweckgebundenen Fonds vorgesehen. Die Ablehnung der Vorlage zur Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer für die Infrastruktur im Verkehrsbereich macht es dringend nötig, nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen. Aus der Sicht der SP können weitere grosse Strassenprojekte ohne zusätzliches Geld nicht realisiert werden.

Wir alle wissen, dass Finanzpläne auf Annahmen beruhen, die mehr oder weniger vage sind. Auch die Höhe der Einnahmen lässt sich nur schwer voraussagen. Wir werden in nächster Zeit weniger Einnahmen haben, dies aufgrund der Steuerfussenkungen der letzten Jahre, des Ausfalls nach der Revision des Steuergesetzes, eines geringeren Anteils an Bundessteuern und der schlechten Wirtschaftslage, die sich allerdings ein wenig bessern soll.

Mehreinnahmen lassen sich aus Steuerrestanzen realisieren, sind jedoch nicht nachhaltig, dann über eine höhere Gewinnausschüttung der Nationalbank und über den NFA. Gestern haben wir ja den Köder ausgelegt; nun warten wir auf die Gutbetuchten, die ihn bei uns schlucken werden.

Die SP-Fraktion nimmt den Finanzplan 2004 – 2007 als Arbeitspapier zur Kenntnis.

**Hans Jakob Gloor:** Die ÖBS-EVP-GB-Fraktion hat mit Interesse Kenntnis vom Finanzplan genommen. Es ist ein prognostisches Papier und enthält dementsprechend viele variable und unbekannte Grössen. Es wird sehr interessant sein, in zwei bis drei Jahren zu schauen, wie weit sich die Prognosen bewahrheitet haben.

Ich äussere mich zu drei Stichworten: Wachstum, Entlastung und Prioritäten.

Wachstum: Es hat mich gefreut, von Charles Gysel auch etwas kritische Töne zum Wachstum zu hören. Wachstum ist nicht einfach zu haben im Sinne von quantitativem Wachstum, sondern wir wollen qualitatives

Wachstum. Im Finanzplan geht man davon aus, dass die Bevölkerung im Kanton Schaffhausen in vier Jahren um 2 Prozent wächst. Von 1990 bis heute, also in zwölf Jahren, ist die Bevölkerung unseres Kantons um 2,25 Prozent gewachsen. Die Wachstumsprognose im Finanzplan ist gar optimistisch. Seit gestern ist mir auch klar, dass die Mehrheit der Schaffhauser einfach diejenigen Leute hier haben will, die auch gutes Steuersubstrat bringen. Diese bezeichnen wir als die qualitativ guten Leute, die hierher kommen. Für mich ist es aus sozialen Gründen problematisch, wenn wir unsere Leute in der Schweiz in qualitativ bessere und qualitativ mindere trennen. Stellen Sie sich mal vor, was die Leute, die weniger verdienen und weniger im Sack haben, wohl denken, wenn sie vernehmen, dass sie zu der Kategorie gehören, die wir, Peter Altenburger, in Schaffhausen nicht haben wollen. Diese Einteilung der Menschen ist problematisch. Wäre es denn so schlimm, Regierungsrat Erhard Meister und Regierungsrat Hermann Keller, wenn wir nicht wachsen würden? Würde uns das Nullwachstum wirklich schaden? Würde das Nullwachstum uns automatisch in die Arme des Kantons Zürich treiben? Hat unsere Lebensqualität in den letzten zwölf Jahren gelitten, weil wir ein geringes Wachstum hatten? Was ist wirklich um so viel schlechter geworden? Wir sprechen ja nur von unserer Befindlichkeit, aber in Tat und Wahrheit geht es uns nicht schlechter. Ich stelle hier nur Fragen, gültige Antworten habe ich natürlich auch nicht. Wir haben viele Variablen im Finanzplan. Es sind viele Rechnungen gemacht worden mit Unbekannten, vielleicht auch einige ohne den Wirt.

Gefahren sehe ich vor allem – ich komme zum zweiten Stichwort – bei der Entlastung. Buchstäblich alle in der Politik, vom Bund über den Kanton zu den Gemeinden, wollen sich entlasten. Was bedeutet Entlastung? Entlastung, nehmen wir das Bild vom Berggänger, heisst ja, dass dieser sich einer Last entledigen will. Wir können schon Ballast aus dem Rucksack nehmen, aber, Regierungsrat Hermann Keller, wir benötigen auch Proviant, wenn wir den Gipfel erreichen. Wir können nicht einfach Proviant und Wasser wegschütten und meinen, wir kämen problemlos ans Ziel ...

**Regierungsrat Hermann Keller:** Wir essen den Proviant unterwegs!

**Hans Jakob Gloor:** ... Ich wehre mich im Namen unserer Fraktion gegen einen staatlichen Hungerast! Wir müssen diesem vorbeugen und die Säcke auch wieder auffüllen können. Und wenn wir nun überlegen, was wir an Gepäck mitnehmen sollen und dürfen, müssen wir klare Prioritäten haben und den Rucksack richtig packen. Vielleicht müssen wir auch einige Steine herausnehmen.

Für unsere Fraktion sind die Prioritäten klar. Wenn wir in unserem Kanton grosse Projekte haben, insbesondere grosse Projekte im Tiefbau, können wir diese nur über Spezialfinanzierungen, über zusätzliche Steuerprozentente oder die so genannte Objektsteuer realisieren. Alles andere ist nicht möglich

und nicht durchführbar. Wenn wir etwas Grosses vorhaben, dann muss es auch irgendwie weh tun. Besonders beim Strassenausbau gilt für uns das Verursacherprinzip. Als Benützer des Individualverkehrs gehören wir alle zu den Verursachern. Deshalb können wir Grossprojekte nur dann realisieren, wenn wir die Objektsteuer auch einführen. Alles andere ist untauglich.

**Regierungsrat Hermann Keller:** Das Positive vorweg: Wir haben gespürt, dass die Debatte um den Finanzplan und dessen Inhalt, Zweck und Funktion im Vergleich zu den Diskussionen vom letzten und vorletzten Mal vertiefter gewesen ist. Das ist grundsätzlich positiv. Es ist Ihnen sicher auch aufgefallen, wie sich die einzelnen Fraktionssprecher in der Gewichtung beziehungsweise in der Beurteilung des Finanzplans ein wenig schwer tun. Die einen sprechen von allzu positiven Perspektiven, die anderen von Zweckpessimismus, und wieder andere nehmen die Aussagen der letzten Diskussionen wieder hervor: Der Zweck der Finanzplanung bestehe für viele Planer darin, schwarzweiss zu malen, um die Leute zu erschrecken. Der Staatsvoranschlag sei dann etwas besser und die Rechnung noch besser. Das kennen wir. Diesmal aber waren die Beurteilungen differenzierter. Es gab auch solche, die einen allzu positiven Grundton im Finanzplan ausmachten. Das ist natürlich eine Frage des Ermessens, der Annahme, der Einschätzung der Zukunft. Die Grundlagen basieren ja auf der Vergangenheit und haben einen realen Hintergrund. Die Perspektiven hingegen basieren natürlich in vielen und wesentlichen Teilen auf Annahmen. Ein Wort zur immer wieder gehörten Äusserung, man könne den Finanzplan leider nur zur Kenntnis nehmen. Was müssten und würden Sie denn mit diesem Finanzplan anstellen, wenn Sie ihn genehmigen könnten? Alles ist unverbindlich, es werden Annahmen getroffen, es muss perspektivisch gedacht werden. Was genau würden Sie also genehmigen? Das Ganze? Teile davon? Einzelne Zahlen? Und wenn Sie den Finanzplan zurückweisen beziehungsweise nicht genehmigen würden? Müssten dann die Ablieferungen der Nationalbank verändert oder die geschätzten Steuereinnahmen korrigiert werden? Würde es sich um einen verbindlichen Auftrag an die Regierung oder um ein korrigiertes Papier des Kantonsrates handeln? Wir kämen hier gar nicht weiter, gerade weil dem Finanzplan die Verbindlichkeit fehlt. Deshalb ist eine Genehmigung mehr als problematisch. Basierend auf dem Finanzplan, folgen in aller Regel Vorlagen, Anträge zu Beschlüssen und Voranschläge. Diese stützen sich dann tatsächlich auf eine konkrete Umsetzungsbasis mit Verbindlichkeit. Deshalb ist es natürlich richtig, wenn eine Genehmigung erfolgt beziehungsweise Beschlüsse gefasst werden. Dies einige Gedanken zum Mechanismus des Umgangs mit dem Finanzplan. Noch ein paar Bemerkungen zu Aussagen mit Fragezeichen. Die so genannte Schuldenlast: Wenn man diesen Begriff nur schon in den Mund nimmt, drückt man die Bedenklichkeit des Zustandes aus. Ich erinnere Sie einfach wieder einmal daran: Im interkantonalen Quervergleich befinden wir

uns nach wie vor auf der sehr guten Seite, nämlich im besten Drittel. Ich will nicht Schönfärberei betreiben, aber Sie müssen die Verhältnismässigkeit und die Proportionen beachten. In den letzten Jahren haben wir die Nettoschuldenlast stabilisieren, ja sogar zurückfahren können. 128 Mio. Franken, nicht einmal konjunktur- oder teuerungsbereinigt, sind eine tiefere Zahl als in den Vorjahren. Natürlich müssen wir sehr darauf achten, dass diese Nettoschuldenlast nicht allzu stark ansteigt, aber bei überdurchschnittlichem Investitionsvolumen lässt sich dies nicht ganz vermeiden. Es ist eine Frage des Masses, wie viel wir uns zumuten wollen.

Wir haben, den gestrigen Entscheid inbegriffen, vier Mal die Steuern des Kantons reduziert. Zweimal über Steuergesetzrevisionen, von denen die Gemeinden ebenfalls betroffen sind, zweimal aber auch über den Steuerfuss. Das sind 10 Mio. Franken gegen den Willen des Regierungsrates. All jene, die jetzt vom Defizit der nächsten zwei Jahre sprechen, müssen sich natürlich sagen lassen, dass dieses in einem direkten Zusammenhang mit den erwähnten Steuerfussreduktionen steht. Es kann nicht einfach kurzfristig kompensiert und dank neuer und besserer Steuerzahler aus der Welt geschafft werden. Aber mittel- und längerfristig soll die Entwicklung so verlaufen. Nun sind wir im weiteren Sinne beim Wachstum und bei der Einteilung der Menschen beziehungsweise der Steuerzahler angelangt. Kein Kanton, keine Gemeinde kann nur mit so genannten einfachen Steuerzahlern oder sogar Fürsorgefällen funktionieren. Es braucht eine durchschnittliche Mischung von unterschiedlich guten Steuerzahlern, sonst funktioniert die Organisation nicht. Es braucht eine unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sonst funktioniert das System nicht. Es braucht eine Solidarität jener mit den höheren Einkommen gegenüber den anderen, die vom Staat mehr benötigen. Da ist nichts Ehrenrühriges dabei. Aber es braucht diese Mischung unterschiedlicher Steuerzahler, sonst funktioniert die Finanzpolitik überhaupt nicht. Die Frage nach dem Wachstum kann man schon stellen und sagen, dass Stabilität auch nicht schlecht wäre. Die Stabilität liegt aber sehr nahe bei der Schrumpfung. Wenn wir schrumpfen und die Struktur sich in demographischer Hinsicht weiter verschlechtert, sieht unsere Perspektive noch düsterer aus. Dies müssen wir zwingend umkehren. Es ist deshalb ein massgebliches Anliegen der Regierung, dem mit geeigneten Massnahmen entgegenzutreten; um ein gewisses Wachstum kommen wir nicht herum. Zudem besteht in der Schweiz eine Steuerkonkurrenz. Dieser müssen wir uns stellen. Die Stabilität ist eben nicht gewährleistet, wenn wir nicht von Zeit zu Zeit etwas an der Belastungsstruktur des Steuergesetzes ändern. Aus diesem Grund ist der Entscheid von gestern so wichtig. Steuergesetzrevisionen mit gezielten Eingriffen sind nämlich besser als flächendeckende Würfe über den Steuerfuss. Mit den Letzteren verschenken wir Geld, und sie nützen doch nicht viel. Wir müssen gezielte Steuergesetzrevisionen vornehmen.

Ich fasse zusammen: Die einen beurteilen den Finanzplan tendenziell zu positiv, die anderen zu negativ. Daraus schliesse ich, dass er ungefähr das richtige Mass hat.

**Daniel Fischer:** Egal, an welchem Tag man zurzeit welche Zeitung auch immer aufschlägt, ein Wort beherrscht die Medien und auch den Rat: „Sparen.“ Jüngstes Beispiel: Ein Titel in der heutigen Ausgabe der „Schaffhauser Nachrichten“ lautet: „Sparen geht vor.“ Dann ein Beispiel, das bereits erwähnt wurde, die Ausgabe von „Facts“. Nur werden dort auch die anderen Argumente aufgeführt, weshalb das Sparen eben nicht überall von Gutem ist. Der Titel der von Charles Gysel erwähnten Ausgabe heisst: „Lebensgefahr“. Etwas überspitzt, aber es wird unter anderem auch beschrieben, welche Folgen die Unterversorgung bei den Spitälern haben könnte.

Sparen, Sparen, Sparen ist in letzter Zeit einfach das zentrale Thema. Sparen im Bildungsbereich, bei den Renten, bei den Sozialabgaben, bei den Krankenkassenprämienverbilligungen. Ich muss mich schon fragen: Was ist demnach in den letzten 50 oder 60 Jahren, mit bürgerlichen Mehrheiten in allen kantonalen Parlamenten, schief gelaufen? Was habt ihr falsch gemacht, dass jetzt so massiv gespart werden muss? Dass Sparen sinnvoll ist, wissen wir alle; die meisten von uns haben es von Kindesbeinen an gelernt. Dies ist richtig und sinnvoll, auch im Bereich der Kantonsfinanzen, obwohl es um diese gar nicht so schlecht steht. Wird aber das Sparen für den Regierungsrat und für viele Kantonsräte zur bald einzigen politischen Lebensaufgabe, so macht mir dies echt Angst. Es macht mir auch Angst, wenn unser Finanzminister, so scheint es zumindest, fast nur noch Sparaufträge vor seinen Augen sieht. Es macht mir Angst, wenn der Regierungsrat frohgemut verkündet, er spare in den nächsten Jahren 30 Mio. Franken pro Jahr, aber keine Ahnung hat, wo. Und es macht mir Angst, wenn sich die meisten bürgerlichen Politiker in diesem Saal lustvoll in die Sparorgie stürzen.

Wir können doch den Staat, sprich den Service public, nicht einfach zu Tode sparen, denn es wird hauptsächlich zulasten des Service public gespart werden. Gerade in diesem Bereich haben wir in letzter Zeit bei Landesvergleichen positiv abgeschlossen. Wir sind sogar im öffentlichen Verkehr auf städtischer Ebene an der Spitze. Wir müssen aufpassen, dass unser Standortvorteil nicht einer Sparwut zum Opfer fällt. Was ich aber gar nicht verstehen kann, ist, dass gewisse bürgerliche Kreise, die diesem Sparwahnsinn verfallen sind, süchtig nach noch mehr Einsparungen dem Staat dauernd Mittel entziehen, sei es durch die Streichung der Erbschaftssteuer oder durch weitere Steuersenkungen. So kann man doch keine Probleme lösen. Wir können nicht versuchen, mit der linken Hand ein Feuer zu löschen, und mit der rechten Hand eifrig Benzin nachgiessen. Wenn ich diesen Finanzplan lese und vor allem an die 30 Mio. Franken denke, die pro Jahr eingespart werden sollen, dann graut mir vor den nächsten Budgetdebatten. Der volkswirtschaftliche Schaden solcher Mammutsparprogramme ist enorm und

kaum mehr wettzumachen. Lassen Sie in Ihrem Sparwahn zumindest ein wenig Vernunft walten, insbesondere dort, wo es den Schaffhauserinnen und Schaffhausern ans Lebendige geht, dort, wo wir unseren Standortvorteil opfern würden.

**Annelies Keller:** Wir haben trotz Steuerfussenkungen immer mehr Steuereinnahmen gehabt. Was haben wir mit diesem Geld gemacht? Es ausgegeben. In diesem Finanzplan wird angekündigt, man wolle Infrastrukturaufgaben allenfalls mit einer Objektsteuer lösen. Das sind eben die Begehrlichkeiten, die man uns nachher vorwirft. Dann heisst es, die bürgerliche Mehrheit habe das ja beschlossen. Bei der Objektsteuer wird es nicht anders sein. Daniel Fischer wird uns in zehn Jahren sagen: Sie haben ja für die Objektsteuer gestimmt. Deshalb melde ich hier und heute schon an, dass sich die SVP dagegen wehren wird, in der Zeit der Finanzplanung neue Objektsteuern oder überhaupt neue Steuern oder Abgaben einzuführen. Der Begehrlichkeiten sind nämlich viele. Sie hören, dass man bei der sehr guten Kantonalbank Geld holen will, dass man bei der EKS AG Geld holen will. Was geschieht mit diesem Geld? Es wird einfach wieder ausgegeben. Ich bin dagegen, dass wir den Einnahmentopf noch mehr füllen, aber ich bin dafür, dass wir den Ausgabentopf langsam leeren.

**Regierungsrat Erhard Meister:** Ich möchte den Bogen etwas weiter spannen. Wir dürfen uns nicht in eine ideologische Auseinandersetzung verstricken, sondern müssen in Bezug auf die Entwicklung unseres Staatshaushalts die Realitäten vor Augen haben. In den letzten zehn Jahren hatten wir beim Bund ein Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 2 Prozent. Im Gesundheitsbereich stiegen die Kosten um 6 Prozent, im Bildungs- und im Sozialbereich um rund 4 Prozent. Wir haben andere Kantone, die sind, ähnlich wie unsere finanzschwachen Gemeinden, wegen dieses überproportionalen Wachstums wirklich am Anschlag. Ein Grund ist die demografische Entwicklung. Wir haben in der Schweiz ein so genanntes double aging: Einerseits werden die Leute immer älter, andererseits wird der Anteil der Leute, die aktiv arbeiten und Steuern bezahlen, kleiner. Wir müssen quasi mit einer immer kleineren Population einen grösseren Teil der Kosten finanzieren. Das ist eine Tatsache. Im Vergleich zur ganzen Schweiz hatte der Kanton Schaffhausen ein unterproportionales Wachstum. Wir liegen etwa bei 1,2 Prozent Wachstum gegenüber ungefähr 2 Prozent beim Bund. Das schlug sich entsprechend nieder, indem auch die Steuern im Kanton Schaffhausen auf kantonaler und kommunaler Ebene unterproportional wuchsen. Deshalb müssen wir alles unternehmen, um das Kostenwachstum zu bremsen. Wir dürfen nicht dramatisieren, aber auch gewisse Fakten nicht einfach beschönigen.

Weshalb hat man das nicht vorausgesehen? Man ist bundesweit davon ausgegangen, dass die Wirtschaft stärker wachsen würde. Deshalb hat man

sich auch das eine oder andere geleistet. Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Folglich brauchen wir, Hans Jakob Gloor, auch bei uns ein qualitatives Wachstum auf Seiten der Steuerzahler. Wir haben im Durchschnitt gute Steuerzahler verloren, und wir haben einen überproportionalen Anteil an Leuten mit tiefem Einkommen. Wir wollen nicht unsozial sein, aber wir können es uns nicht leisten – was auch nicht im Interesse unseres Kantons wäre –, dass wir einen überproportionalen Anteil an sozial schwachen Leuten in unserem Kanton haben, sonst werden unsere Schwierigkeiten immer grösser. Wir wollen da mittragen, aber um gewisse Korrekturen kommen wir nicht herum. Wir müssen zumindest beim Bevölkerungswachstum und beim Wachstum der Wirtschaft wieder auf den schweizerisch durchschnittlichen Wert kommen. Das ist die primäre Zielsetzung. Hätten wir nämlich kein Wachstum, müssten wir die zusätzlichen Aufgaben, die es im Bildungsbereich, im Gesundheitsbereich und im Sozialbereich zu erfüllen gibt, ebenfalls stoppen; wir könnten sie uns nicht leisten. Wir könnten uns auch keine Lohnerhöhungen oder Stufenanstiege mehr leisten. Das ganze System ist ein Stück weit so programmiert, dass auf der Ausgabenseite ein minimales Wachstum besteht, und dies bedeutet eben auch, dass ein Wachstum auf der Einnahmenseite vorhanden sein muss. Sonst laufen wir in eine Falle, wo die Kosten längerfristig unsere Einnahmen übersteigen. Dann geht es uns gleich wie den finanzschwachen Gemeinden, die sich bereits in dieser Situation befinden.

**Alfred Sieber:** Den Aussagen von Daniel Fischer muss von bürgerlicher Seite her schon noch entgegnet werden. Wenn Sie den Finanzplan auf Seite 7 und die Laufende Rechnung anschauen, sehen Sie, dass beispielsweise die Personalkosten seit 1999 von 126 Mio. auf 138 Mio. Franken zugenommen haben. Der Gesamtaufwand ist von 423 Mio. auf 486 Mio. Franken gestiegen. Den Bürgerlichen wirft man nun vor, sie hätten permanent nur das Sparen im Sinn – hier aber sehe ich nicht viel davon. Zudem glaube ich, dass es einfach so weitergeht, wenn wir nicht sparen; als Bürger sollte ich von diesen Zunahmen aber auch profitieren können. Ich zumindest habe nicht viel profitiert. Ich glaube, die Staatsleistungen sind auch nicht in diesem Masse angestiegen. Ich bin deshalb der Meinung, dass man hier nicht einfach von Sparwut sprechen kann. Wir sind vielmehr auf einem Niveau angelangt, wo wir uns besinnen müssen. So kann es nicht weitergehen, wenn auf der anderen Seite nicht auch die Einnahmen zunehmen.

**Regierungsrat Hermann Keller:** Die Aussage, der Regierungsrat wolle 30 Mio. Franken sparen und wisse nicht recht wie, ist simplifiziert und deplatziert. Es heisst nicht einfach: „30 Mio. Franken sparen!“ Es handelt sich um drei Entlastungsprogramme, die nicht nur auf der Ausgabenseite ansetzen, sondern immer auch mit Mehreinnahmen kombiniert sind. Ein Drittel davon basiert auf dem Neuen Finanzausgleich des Bundes, von dem wir uns einen

Nettogewinn erhoffen. Sparen oder Generieren von Einnahmen ist nun zur Streitfrage geworden. Letztlich besteht natürlich ein kausaler Zusammenhang zwischen der Konkurrenzfähigkeit einerseits – und das hat mit dem Generieren der Einnahmen genauso zu tun wie mit den Ausgaben – und dem Erbringen des Service public andererseits. Um nur angemessen sparen zu können oder eben weniger sparen zu müssen, müssen wir mehr Mittel generieren, sonst geht die Schere auf und wir können die Ausgaben nicht mehr finanzieren. Deshalb müssen wir konkurrenzfähig bleiben. Politisch müssen wir ausbalancieren, wie viel wovon in erträglichem Masse das Richtige ist.

Weitere Wortmeldungen zum Eintreten liegen nicht vor.

### **Detailberatung**

Grundlage zur Diskussion bildet die Amtsdruckschrift 03-95

### **Seite 18**

**Regierungsrat Herbert Bühl:** Charles Gysel hat uns auf ein paar Zahlen bezüglich der Spitalbehandlungskosten aufmerksam gemacht, wie sie in der Zeitschrift „Facts“ publiziert waren. Das Beispiel ist typisch dafür, wie man einer Statistik auf den Leim kriechen kann.

**Charles Gysel:** Das bin ich doch gar nicht. Ich habe nur eine Frage gestellt.

**Regierungsrat Herbert Bühl:** Ich habe auch gar nicht gesagt, Sie seien der Statistik auf den Leim gekrochen. Aber wenn Sie sich jetzt betroffen fühlen, kann ich das auch nicht ändern. Nun denn, in der erwähnten Statistik sind bei allen Kantonen nur die kleinen Spitäler berücksichtigt. Beim Kanton St. Gallen – er präsentiert sich in dieser Statistik ja als sehr günstig – fehlt beispielsweise das Kantonsspital. Beim Kanton Zürich fehlen das Uni-Spital, das Kantonsspital Winterthur und so weiter. Es sind also nur die kleinen Spitäler in der Statistik enthalten. Das heisst, in ihr wird Schaffhausen mit dem Bezirksspital Muri im Kanton Aargau verglichen. Auch das Kantonsspital Aarau ist in der Statistik nicht berücksichtigt. Sie können anhand dieser Statistik das Kantonsspital Schaffhausen nicht mit adäquaten Spitalern vergleichen. Die Statistik stammt aus einer Statistik des Bundesamtes für Statistik, in der die Zentrumsspitäler ausgeklammert sind. Mit anderen Worten: Mit diesen Daten kann man nichts anfangen. Die Spitäler, mit denen wir uns „benchmarken“, sind nicht darin enthalten.

**Seite 29**

**Regierungsrat Hans-Peter Lenherr:** Gestatten Sie mir ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Investitionsrechnung beziehungsweise zur Investitionsplanung, wie sie im Finanzplan dargestellt ist. Sie sehen aus den Unterlagen und den Zusammenstellungen, dass die Investitionen im Jahr 2004 im Vergleich zum Jahr 2003 – dieses war allerdings ein Jahr mit hohen Ausgaben – von 31,1 Mio. auf 28,3 Mio. Franken zurückgehen. Das ginge ja noch. Wenn Sie jetzt aber die einzelnen Positionen dieser Investitionsrechnung betrachten, stellen Sie fest, dass diese Investitionsrechnung in beträchtlichem Masse durch aufgeschobenen und zusammengefassten Unterhalt belastet ist. Ich denke dabei an den Trakt E des Kantonsspitals, das Waldhaus, das Pflegezentrum, zum Teil auch an gewisse Strassensanierungen. Die GPK beantragt beim Staatsvoranschlag, diese Investitionen nochmals um 2,6 Mio. Franken auf 25,8 Mio. Franken zu reduzieren. Dies wären dann 6 Mio. Franken weniger als im Vorjahr. Ich bin bereits an dieser Stelle gehalten, Sie darauf aufmerksam zu machen, dass der aufgeschobene Unterhalt mit der Zurückstellung nicht einfach verschwindet, sondern im nächsten Jahr einfach wieder erscheint. Und im Jahr 2004 von der Regierung vorgesehene Unterhalts- und Sanierungsarbeiten auf das Jahr 2005 zurückzustellen, ist auch schon deshalb sinnlos, weil im Jahr 2005 deutlich höhere Investitionen als im Jahr 2004 geplant sind. Wir werden uns bei der Behandlung des Staatsvoranschlags 2004 wieder melden und uns gegen die von der GPK beantragte Kürzung der Investitionsrechnung um 2,6 Mio. Franken zur Wehr setzen. Wenn wir Sanierungsmassnahmen an Gebäuden und Strassen zurückstellen, verbessern wir zwar im Moment die Rechnung und den Staatsvoranschlag, aber wir türmen einen Berg vor uns auf und schieben ihn vor uns her. Das sind in gewissem Sinne auch Schulden.

**Hans Jakob Gloor:** Ich möchte zum Investitionsfonds und insbesondere zum Stichwort Devestitionen noch einige Erklärungen hören. Was ist damit gemeint? Wo stehen wir? Was soll devestiert werden? Was kommt in diesen Fonds?

**Regierungsrat Hans-Peter Lenherr:** Für die Regierungsratssitzung von morgen liegt eine Vorlage auf unserem Tisch, die, wenn es gut geht, in einer Woche verabschiedet werden sollte. Grundsätzlich ist vorgesehen, dass alle schon heute zweckgebundenen Mittel für den Verkehr – da geht es um die Motorfahrzeugsteuer, um den Benzinzollanteil, den wir zugute haben, um die LSVA – in einen Fonds fliessen sollen. Zusätzlich prüfen wir allfällige Devestitionen, beispielsweise bei unseren Beteiligungen im Strombereich. So sieht das Konstrukt im Wesentlichen aus. Ich gehe davon aus, dass Sie diese Vorlage noch vor Weihnachten erhalten, der Fonds braucht nämlich eine gesetzliche Grundlage.

**Gerold Meier:** Dass wir Ausgaben, ob sie Investitionen oder laufende Ausgaben sind, mit Vermögen bezahlen und nicht über die ordentliche Rechnung laufen lassen, ist finanzpolitisch unklug und falsch und gibt auch ein falsches Bild von unseren Finanzen. Ich denke sogar, dies sei finanzrechtlich nicht zulässig. Wenn wir ein Gesetz machen und das Volk es annimmt, dann ist dieses Gesetz vom Volk abgesegnet worden. Ohne einen entsprechenden Volksbeschluss aber darf es in unserem Kanton keine solchen finanzpolitischen Eskapaden geben.

**Regierungsrat Hans-Peter Lenherr:** Ich bitte Sie, die angekündigte Vorlage abzuwarten. Sie werden mit dieser künftig eine weit transparentere Situation haben als heute.

**Regierungsrat Hermann Keller:** Sie dürfen doch nicht einfach von Eskapaden sprechen, wenn Sie die Vorlage noch nicht einmal zur Verfügung haben. Diese Vorlage wird ihrem Inhalt nach nicht im Widerspruch zum Finanzhaushaltsgesetz und zur Verfassung stehen können. Diese Aussage müsste Ihnen für heute genügen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen. Der Finanzplan 2004 – 2007 wird zur Kenntnis genommen.

\*

## 2. Staatsvoranschlag 2004

Grundlagen: Vorlagen des Regierungsrates vom 16. September 2003  
Bericht und Antrag der GPK betreffend Staatsvoranschlag 2004, Amtsdruckschrift 03-116

### Eintretensdebatte

**Martina Munz,** Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Das Wichtigste vorweg: Die GPK beantragt dem Kantonsrat, auf den Staatsvoranschlag 2004 einzutreten und den Anträgen zuzustimmen. Der Staatsvoranschlag 2004 sieht nach den Beratungen der GPK ein Defizit der Laufenden Rechnung von 2,7 Mio. Franken vor. Die Zunahme der Nettoinvestitionen beträgt 25,8 Mio. Franken bei einem Finanzierungsfehlbetrag von 9 Mio. Franken und einem Selbstfinanzierungsgrad von 65 Prozent. Die GPK hat den Staatsvoranschlag frühzeitig erhalten und konnte die Zeit nutzen, um in den Departementen Abklärungen vorzunehmen. Sie hat den Staatsvoranschlag an fünf Sitzungen intensiv durchberaten. Der Regierung ist es gelungen, einen mehr oder weniger ausgeglichenen Staatsvoranschlag zu präsentieren. Das war nach den mehrmaligen Steuerfussenkun-

gen und wegen der Steuervorlage, über die wir dieses Wochenende abgestimmt haben, nicht selbstverständlich. Die Steuervorlage und das erste Entlastungspaket entschärften die Verhandlungspositionen innerhalb der GPK massgeblich.

Bei den diesjährigen Beratungen konnte die Kommission in den wichtigsten Punkten Einigkeit erzielen. Schliesslich wurde der Staatsvoranschlag in der GPK mit 7 : 0 gutgeheissen.

Die GPK dankt den Regierungsräten, den Amtsstellen und den Betrieben mit ihrem Personal für die aufwändige Arbeit im Zusammenhang mit dem ausgeglichenen Staatsvoranschlag.

Die Steuererträge aus Einkommen und Vermögen sind für das Jahr 2004 niedriger budgetiert als im Vorjahr. Das zögerliche Wirtschaftswachstum, die Steuerfussreduktionen der letzten Jahre und die eben vom Volk angenommene Steuervorlage wirken sich entsprechend negativ aus. Zudem werden die Erträge aus der LSVA und der Kantonsanteil aus den Spielbankenerträgen geringer ausfallen.

Mehreinnahmen sind hingegen aus den direkten Bundessteuern und dank einer höheren Gewinnausschüttung von der Nationalbank zu erwarten. Zudem werden die Steuerrestanzen schrittweise aufgelöst und in die Laufende Rechnung übertragen. Die Bundesbeiträge bei den Prämienverbilligungen steigen um 3 Mio. Franken an, was mit der sinkenden Finanzkraft des Kantons erklärt werden muss.

Der Personalaufwand in der Laufenden Rechnung nimmt im Jahr 2004 zu. Grund dafür sind das Entlastungspaket bei den Lehrpersonen, die Aufstockung bei der Polizei auf den Sollbestand und die höheren Arbeitgeberbeiträge bei der Pensionskasse, die auch beim Personalaufwand verbucht werden. Der Spitalbereich verzeichnet einen Abbau von 11 Stellen. Demgegenüber werden 9 Stellen geschaffen als Folge der Übernahme oder der Verschiebung von Gemeindeaufgaben zum Kanton, so zum Beispiel beim Zivilschutz. Beim Schwerverkehrskontrollzentrum werden Bundesaufgaben dem Kanton übertragen, wodurch 10 neue Stellen geschaffen werden.

Im Gesundheitswesen steigen die Betriebszuschüsse an das Kantonsspital um rund 1,7 Mio. Franken an. Dagegen bleiben die Nettokosten für die Verbilligung der Krankenkassenprämien praktisch konstant.

Im Bildungsbereich tritt die Pädagogische Hochschule in ihrem ersten vollen Betriebsjahr mit zusätzlichen rund 2 Mio. Franken prägnant in Erscheinung. Die Nettokosten der Pädagogischen Hochschule (PH) belaufen sich für das erste volle Betriebsjahr auf 3,5 Mio. Franken. Diese wird nach Auskunft von Regierungsrat Heinz Albicker von weniger auswärtigen Studentinnen und Studenten als erwartet besucht. Die PH erhofft sich aber, dank Qualität und Kleinheit eine Nische in der Bildungslandschaft zu erobern. Hoffen wir ebenfalls, dass es ihr gelingt. Die laufend höheren Beiträge an Universitäten sind ein weiterer Grund für die Kostensteigerung im Bildungsbereich; mit dem

zweiten Entlastungspaket des Bundes werden sie höchstwahrscheinlich noch weiter ansteigen.

Die Zunahme der Aufträge an Dritte hat die GPK überrascht. Sie hat eine Zusammenstellung verlangt, die nebst diesen Aufträgen an Dritte auch Projektierungskosten, Expertisen und ähnliche Budgetpositionen umfasst. Diese Positionen stiegen markant von 7,7 Mio. Franken im Vorjahr auf 8,8 Mio. Franken im Budgetjahr 2004 an. Diese Thematik muss weiterhin genau beobachtet werden. Es ist problematisch, dass die Ausweitung des Stellenplans streng im Auge behalten wird, was faktisch einen Personalstopp bedeutet, und gleichzeitig die Aufträge an Dritte stark zunehmen.

Die GPK hat sich mit den einzelnen Massnahmen des Entlastungspaketes befasst, soweit dies nicht bereits durch die Spezialkommission geschehen ist. Die GPK attestiert der Regierung grosse Sparanstrengungen. Aber viele Massnahmen waren schon längst überfällig, sind eine Selbstverständlichkeit oder eine Folge von Massnahmen, die schon vor langer Zeit eingeleitet wurden, wie beispielsweise die Spitalzusammenlegung. Die WOV-Betriebe blieben vom Entlastungspaket praktisch verschont. Eine einzige Sparmassnahme ist klar als Leistungsabbau deklariert, nämlich der Abbau einer Lektion an der Orientierungsschule. Der Antrag in der GPK auf Verzicht dieser Massnahme ist mit 3 : 4 unterlegen.

Die meisten Korrekturen hat die GPK beim Baudepartement angebracht. Dieses legte mehrere Gebäudesanierungsprojekte vor, für die keine Konzepte bestehen. Im Staatsvoranschlag waren grössere Beträge für die Sanierung des Waldhauses und für das Wohnhaus Nordstrasse 113 eingestellt. Für beide Gebäude fehlen Konzepte. Ich werde mich bei der Behandlung dieser Projekte in der Detailberatung wieder zu Wort melden. Auch für das Schloss Charlottenfels, das laufend viel Geld für den Unterhalt verschlingt, verlangt die GPK das längst fällige Nutzungskonzept.

Beim Tiefbauamt wurde der Betrag für den Lastwagenkran in der Höhe von Fr. 270'000.- mit 4 : 2 aus der Laufenden Rechnung gestrichen. Damit soll ein Zeichen gesetzt werden, dass die Zusammenarbeit der Tiefbauämter von Stadt und Kanton nun endlich vorangetrieben werden soll. Überdies befürchtet die GPK, dass bei einer allfälligen Zusammenlegung plötzlich ein zu grosser Maschinenpark vorhanden ist.

Die Abgrenzung der Investitionsrechnung von der Laufenden Rechnung gab Anlass zu ausführlichen Diskussionen. Beispielsweise werden Strassen-sanierungen sowohl in der Laufenden als auch in der Investitionsrechnung unter dem Titel „Belagserneuerung“ aufgeführt. Die Beratungen haben gezeigt, dass die internen Richtlinien des Finanzdepartementes, wonach Sachaufwände mit Wertbeständigkeit ab 1 Mio. Franken in der Investitionsrechnung aufzuführen sind, nichts zur Klärung der Situation beitragen.

In der Investitionsrechnung sind drei Belagserneuerungen in der Höhe von insgesamt 1,7 Mio. Franken aufgeführt. In der Laufenden Rechnung sind vier gleichartige Projekte à ungefähr Fr. 300'000.-, also mit einem Gesamt-

wert von 1,2 Mio. Franken, eingestellt. Zurzeit hat man den Eindruck, dass die Laufende und die Investitionsrechnung sehr willkürlich belastet werden. Diese Situation ist unbefriedigend und gibt jedes Jahr Anlass zu endlosen Diskussionen. Die GPK hat die Regierung mit 4 : 3 beauftragt, einen Bericht zu erstellen mit dem Ziel, pro Jahr einen festen Betrag für Strassenerneuerungen an immer der gleichen Budgetposition in die Staatsrechnung aufzunehmen. Vielleicht kann auf diesem Weg eine befriedigendere Lösung gefunden werden.

Ein Antrag in der GPK auf Streichung der Strassenerneuerung Thayngen-Barzheim wurde mit 4 : 3 abgelehnt. Auch der Antrag auf Streichung des Projektierungskredites für den Galgenbucktunnel wurde mit 4 : 1 bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Viel zu reden gaben schliesslich die Streichung des Defizitbeitrags an die Schifffahrtsgesellschaft und die Änderungen im Zusammenhang mit dem Amt für Grundstückschätzungen und der Gebäudeversicherung. Ich werde dazu in der Detailberatung noch genauere Erklärungen abgeben. Auf unbestrittene Punkte, die im schriftlichen Bericht aufgeführt sind, werde ich in der Detailberatung nicht zurückkommen.

Alles in allem attestiert die GPK der Regierung ein hohes Mass an Kostenbewusstsein und intensive Bemühungen um einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Die GPK beantragt dem Rat, auf den Staatsvoranschlag 2004 einzutreten und den Anträgen zuzustimmen.

**Regierungsrat Hermann Keller:** Die GPK hat durch ihre Präsidentin den Inhalt des Staatsvoranschlages 2004 zutreffend dargelegt und ihre Meinungen und Forderungen zum Ausdruck gebracht. Ich kann mich deshalb kurz fassen. Aus der Sicht der Regierung darf ich sagen, dass die Zusammenarbeit mit der GPK über weite Strecken sehr konstruktiv verlaufen ist. Es war auch so, dass das Ergebnis des Budgetentwurfs der Regierung im September mit weniger als 4 Mio. Franken als zufrieden stellend und definitionsgemäss als praktisch ausgeglichen betrachtet wurde. In der Endphase des Budgetprozesses erlitt die GPK gewissermassen einen methodischen Rückfall: Sie wurde von einer überwunden geglaubten Detailbesessenheit befallen. Letztlich blieben drei materielle Differenzen, die an der heutigen Budgetsitzung entschieden werden müssen, einerseits, weil wir glauben, dass auch andere regierungsrätliche Anträge sachlich eher richtig sind, und andererseits, weil die GPK-Mehrheiten bei diesen Beschlüssen nicht so überwältigend waren. Ich hoffe und bin zuversichtlich, dass wir auch diesen Prozess konstruktiv hinter uns bringen.

**Christian Heydecker:** Ich kann mich im Wesentlichen den Ausführungen der GPK-Präsidentin anschliessen. Sie hat sich sehr detailliert mit diesem Staatsvoranschlag auseinandergesetzt. Auf diejenigen Punkte, in denen unsere Meinungen voneinander abweichen, werden wir in der Detailbera-

tung sicher noch zu sprechen kommen. Der Regierungsrat hat bereits zu Beginn einen mehr oder weniger ausgeglichenen Staatsvoranschlag vorgelegt. Die GPK hat Korrekturen vorgenommen; dabei ging es weniger um nachhaltige Einsparungen, sondern es wurden vor allem geplante Ausgaben auf das nächste Jahr verschoben. Der Finanzdirektor hat es angetönt, die Vorberatung des Staatsvoranschlags zusammen mit dem Regierungsrat ist in einem bedeutend besseren Klima verlaufen als in den Vorjahren. Da hat vor allem der Regierungsrat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, denn er hatte von Anfang an eine Steuerentlastung in den Staatsvoranschlag eingebaut. Er hat das Ergebnis der Steuergesetzrevision in die Wege geleitet, die entsprechenden Entlastungen auch im Staatsvoranschlag aufgenommen und dennoch einen ausgeglichenen Staatsvoranschlag präsentiert. Das hat natürlich die Vorberatung ganz erheblich vereinfacht und auch entlastet. Obwohl der Staatsvoranschlag mehr oder weniger ausgeglichen gestaltet ist, hat die GPK nicht von einem erfreulichen, sondern nur von einem befriedigenden Staatsvoranschlag gesprochen. Es gilt zu bedenken, dass der Staatsvoranschlag vor allem deswegen ausgeglichen gestaltet werden konnte, weil in erheblichem Masse auch Reserven bei den Steuerrestanzen aufgelöst wurden. Ich bezeichne dies ausdrücklich nicht als Budgetkosmetik, denn es ist meines Erachtens sinnvoll, wenn man die Budgets über mehrere Jahre hinweg glättet und dazu auch allfällige vorhandene Reserven auflöst. Dieses Vorgehen ist in der Privatwirtschaft durchaus üblich und auch angebracht. Wir müssen uns aber dessen bewusst sein, dass es sich um einmalige Effekte handelt, die uns für eine gewisse Zeit etwas Luft verschaffen, damit wir in dieser Zeit die notwendigen Entlastungen treffen und beschliessen können.

Die FDP wird dem Staatsvoranschlag zustimmen; sie wird nicht in allen Punkten, in denen zwischen GPK und Regierung noch Differenzen bestehen, der GPK folgen.

Zum Schluss noch einige persönliche Bemerkungen: Die SP hat es in einem Communiqué als Meisterleistung bezeichnet, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein ausgeglichener Staatsvoranschlag präsentiert wird. Das ist mir etwas sauer aufgestossen. Weshalb denn ist dieser Staatsvoranschlag ausgeglichen? Einen ganz wesentlichen Beitrag leisten die Entlastungsmassnahmen, die wir hier beschlossen haben beziehungsweise die wir noch beschliessen müssen. Damit wird die Laufende Rechnung im nächsten Jahr um über 5 Mio. Franken entlastet, und deswegen haben wir einen ausgeglichenen Staatsvoranschlag. Es war die SP, die praktisch bei jeder Entlastungsmassnahme sowohl in der Kommission als auch in der ersten Lesung – aber auch schon im Vorfeld, als diese Vorlage vom Regierungsrat verabschiedet wurde – Zeter und Mordio schrie. Und heute spricht man von einer Meisterleistung. Dieses Vorgehen hat System. Zuerst wird einmal kräftig auf die Pauke gehauen und Entrüstung signalisiert, darauf taucht man ab, um dann, wenn die bürgerliche Mehrheit die Arbeit getan hat, wieder aufzutau-

chen und sich selber auf die Schulter zu klopfen. Ich kann Ihnen zwei weitere Beispiele für dieses Vorgehen nennen. Als erstes die Steuergesetzrevision. Nachdem der Regierungsrat die Vorlage auf den Tisch gelegt hatte, fegte ein Sturm der Entrüstung durch die SP. Es hagelte bitterböse Leserbriefe. Was geschah danach? Die Vorlage ist mehr oder weniger gut durch den Kantonsrat gegangen. Am Schluss hat die SP zugestimmt, und heute Morgen hat sie sich gefreut, dass die Vorlage beim Volk angenommen worden ist. Zweites Beispiel: Reduktion des BVG-Mindestzinssatzes. Nachdem der Bundesrat den BVG-Mindestzinssatz von 4 Prozent auf 3 ¼ Prozent gesenkt hatte, fuhr wiederum ein Sturm der Entrüstung durch die SP. Wiederum gab es bitterböse Leserbriefe. Man sprach von Rentenklau und bezeichnete die Verantwortlichen als Gauner. Vor kurzem hat die Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse das genau Gleiche getan. Es gab keine Reaktion vonseiten der SP. Es waren keine Rücktrittsforderungen an die Adresse des zuständigen Finanzdirektors zu vernehmen. Offenbar ist die Einsicht eingekehrt, dass sich die Politik an den wirtschaftlichen Gegebenheiten zu orientieren hat.

Meine Damen und Herren, diese Art zu politisieren, sich zuerst einmal auf Vorrat zu entrüsten, einfach einmal auf die Pauke zu hauen, um sich dann erst nachher ernsthaft mit der Materie zu befassen, missfällt mir zutiefst.

**Kantonsratspräsident Hermann Beuter:** Anscheinend hat der Wahlkampf schon begonnen.

**Liselotte Flubacher:** Der Staatsvoranschlag 2004 schliesst mit einer „roten Null“ ab. In wirtschaftlich schlechten Zeiten ist dies ein erfreuliches Resultat. Die Kantonsfinanzen sind im Lot. Die SP-Fraktion warnt deshalb vor Überreaktionen bezüglich Sparen. Für die SP kommt es nicht in Frage, dass bei den Kernaufgaben des Staates, wie beispielsweise in der Bildung oder im Gesundheitswesen, eine Schlankheitskur bis hin zur „Modelfigur“ verordnet wird.

Wir bekämpfen deshalb mit allen Mitteln die Streichung der Lektion an der Orientierungsschule. Die Massnahme wird im Entlastungspaket als tatsächlicher Leistungsabbau bezeichnet. Das geht für uns nicht an. Diese Sparübung darf nicht durchgehen. In der Orientierungsstufe, welche zur Grundausbildung gehört, werden die Jugendlichen auf den Berufseinstieg und die weiterführenden Schulen vorbereitet. Bald täglich wird die Pisa-Studie zitiert, bei der die Schweizer Jugendlichen speziell im sprachlichen Bereich schlecht abgeschnitten haben. Die Reaktion der Politik darf nun doch nicht darin bestehen, dass weiter die notwendigen Mittel gekürzt werden. Dem FCS käme es auch nicht in den Sinn, die Trainings herunterzuschrauben, wenn die Spieler eine Niederlage um die andere erleiden. Bei den Jugendlichen aber sollen nun die Trainingseinheiten reduziert werden. In der Detailberatung wird Daniel Fischer den Antrag stellen, den Betrag für die Lektion

in der Orientierungsstufe wieder aufzunehmen. Der Betrag ist übrigens bereits kompensiert, weil die Englisch-Ausbildung für Lehrkräfte zurückgestellt wird.

Es ist positiv, dass beim Personal die Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen umgesetzt werden konnten und bei der Polizei der Sollbestand erreicht wurde. Ein Fragezeichen machen wir bei der Streichung der 11 Stellen im Spitalbereich; schon jetzt sind einzelne Bereiche sehr stark belastet. Allerdings wissen wir noch nicht, wo genau die Stellen eingespart werden sollen. Im Zusammenhang mit der Reduktion des Personals stellen wir fest, dass die Aufträge an Dritte immer weiter zunehmen (im letzten Jahr von 7,7 Mio. auf 8,8 Mio. Franken). Es sind eigentlich auch Staatsangestellte oder Projekte, die nicht über das kantonale Lohnreglement bezahlt werden (Wirtschaftsförderung, Reinigungspersonal, Projektierungen, Expertisen und so weiter). Auch diese Steigerung der Lohnkosten müssen wir im Auge behalten.

Gar nicht zufrieden ist die SP-Fraktion mit der Budgetierung des Strassenunterhalts; Belagserneuerungen sind für uns keine Investitionen. Von der Grössenordnung des Betrags her, die Richtlinien des Kantons schreiben 1 Mio. Franken vor, gehören die Belagserneuerungen eindeutig in die Laufende Rechnung. Wir können hier keine Logik und keine Konstanz erkennen. Je nachdem, wie gut oder schlecht das Budget abschliesst, werden Beträge in die Investitionsrechnung verschoben oder eben in der Laufenden Rechnung geführt. Wir haben das Gefühl, dass diese Beträge als Manövriermasse Verwendung finden. Deshalb fordern wir künftig mehr Transparenz sowohl in der Laufenden als auch in der Investitionsrechnung.

Weitere Kritik äussern wir bei den Entlastungsmassnahmen des Baudepartementes. Dort werden Fr. 150'000.- beim Personal im Tiefbau eingespart. Nach unserer Meinung muss jedoch nicht nur beim Personal eingespart werden, sondern auch beim Beton. Wir werden in der Detailberatung entsprechende Anträge stellen.

Die SP-Fraktion will endlich Schritte in Richtung Zusammenarbeit der Tiefbauämter von Kanton und Stadt sehen. Um ein Zeichen zu setzen, dass wir uns nicht dauernd von einem Jahr zum nächsten verträsten lassen, unterstützen wir die Streichung des Lastwagens mit Kran. Unsere Unterstützung erhält die GPK auch in Bezug auf das Waldhaus. Es muss zuerst ein Konzept erstellt werden.

Nun zu Christian Heydecker und zum Entlastungspaket: Die SP hat sich überhaupt nicht gegen alle Entlastungsmassnahmen gewehrt. Die bürgerliche Seite sieht einfach die Prioritäten anders als die linke.

Nachdem das Budget in der GPK einstimmig verabschiedet worden ist, spricht sich die SP-Fraktion für Eintreten aus.

**Charles Gysel:** Der von der Regierung vorgelegte Staatsvoranschlag mit 3,9 Mio. Franken Defizit lag genau mit Fr. 100'000.- unter dem noch als ausgeglichenes Budget definierten Wert. Zufall oder Absicht? Auf diese Marke hatte man sich in den letzten zwei Jahren zwischen der GPK und der Finanzdirektion einigermassen verständigt.

Die SVP-Fraktion attestiert der Regierung aber auf jeden Fall, dass sie sich bemüht hat, auf diese Marke herunterzukommen. Das war in früheren Jahren nicht so, und die GPK musste zuerst eine Sparrunde einlegen, um zum Ziel zu kommen. Mit diesem Voranschlag nahm die Regierung der GPK geschickt den Wind aus den Segeln. Eigentlich könnte man ja sagen: Ziel erreicht, ein ausgeglichenes Budget, in dem nicht nur die Steuergesetzrevision berücksichtigt ist, sondern auch alle vom Parlament und von der Regierung beschlossenen Massnahmen zur Entlastung des Finanzhaushalts eingeschlossen sind.

Also, nochmals ein Bravo an die Regierung, oder doch nicht? Beim näheren Zuschauen merkt man jedoch bald, dass der Staatsvoranschlag trotzdem noch auf tönernen Füüssen steht. Die zweifellos gute Leistung der Regierung war nur durch die Auflösung von Steuerreserven möglich – immerhin 5,5 Mio. Franken. Sie kennen den Kampf der SVP hinsichtlich klarer Aussagen und Zahlen zu den Steuerrestanzen; die Kleine Anfrage von Annelies Keller lässt grüssen. Bisher wurde dies immer bestritten oder zumindest relativiert. Aber wie die Regierung in der Beantwortung der Kleinen Anfrage schreibt, gibt es solche Reserven, und zwar plötzlich, im Zusammenhang mit der Umstellung auf die jährliche Veranlagung. Nun löst man über drei Jahre Reserven in der Höhe von mehr als 14 Mio. Franken auf. Wir hätten es natürlich lieber gesehen, wenn diese Gelder nicht einfach so in die Laufende Rechnung geflossen wären. Aber man erklärte uns, dass diese Mittel ja auch dort zurückbehalten worden seien, also lasse man sie wieder dort einfließen. Wir machen es uns also mit guten Zahlen bequem, die nach unserem Dafürhalten aber eher problematisch sind. Was tun wir in drei Jahren, wenn dieser Reservebrunnen versiegt? Darüber schweigt man sich aus; man hofft auf Wachstum.

Gerade auch vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass die GPK nicht einfach alles als gegeben hinnahm. Es ist uns vorgehalten worden, wir hätten „Oberregierungsrätis“ spielen wollen und uns allzu sehr auf die Details gestürzt. Die Entlastungsmassnahmen und die Steuergesetzrevision sind berücksichtigt. Die SVP-Fraktion steht deshalb auch hinter den Anträgen der GPK. Einzig bei der Verschiebung der Investition „Waldhaus“ wird die Fraktion eher auf die regierungsrätliche Variante einschwenken, sofern die Regierung heute Vormittag ein akzeptables Projekt präsentiert. Die GPK, der ich angehöre, hat sich zwar intensiv mit diesen Fragen auseinander gesetzt, aber ich frage mich, ob man aufgrund einiger mündlicher Zusicherungen Millionen in Sanierungen stecken soll, ohne genau zu wissen, wofür. Aber wir werden auf dieses Geschäft noch zu sprechen kommen.

Wir haben immer klargemacht, dass wir dieses Jahr im Zusammenhang mit der Revision des Steuergesetzes auf eine Steuerfussenkung verzichten. Nachdem ja das Steuergesetz erfreulich gut angenommen worden ist, wird vonseiten der SVP-Fraktion kein Antrag auf eine Änderung des Steuerfusses gestellt werden.

Die SVP-Fraktion begrüsst es aber auch ausdrücklich, dass die GPK einige richtungweisende Beschlüsse gefasst hat. Die Regierung hat seit 1999 den Auftrag – es liegt noch eine Motion bei ihr –, die Zusammenlegung der Tiefbauämter von Kanton und Stadt zu prüfen und Bericht und Antrag zu stellen. Aus Regierungskreisen ist zu vernehmen, das Problem liege bei der Stadt, und bei der Stadt hört man genau das Gegenteil.

Da ja die Regierung vollzählig und der Stadtrat mit den beiden Vollamtlichen hier im Saal vertreten ist, bestünde doch die Möglichkeit, uns darüber aufzuklären, wo das Problem eigentlich liegt. Es sieht so aus, als müsste man einfach die Mittel kürzen, um endlich zu einem Resultat zu kommen. Ich habe mir den Entscheid, der Streichung des Lastwagens mit Kran zuzustimmen, nicht leicht gemacht. Ich habe mich innerlich überwinden müssen. Aber ich stehe dazu: Der Druck muss anscheinend erhöht werden, und das kann nur durch einen Entzug von Mitteln geschehen.

Mit Genugtuung nimmt die SVP-Fraktion davon Kenntnis, dass der Regierungsrat in der Finanzplanperiode den Sachaufwand stabilisieren will. Das ist gut so. Das freut mich. Jetzt aber hat man den Eindruck, beim Staatsvoranschlag 2004 sei der Sachaufwand nochmals stark erhöht worden, damit er dann vielleicht auf einem höheren Niveau stabilisiert werden könnte. Die SVP-Fraktion hofft jedoch, dass sich die Regierung an ihr Versprechen hält. An ihren Taten wird man sie messen.

Die SVP-Fraktion wird auf das Budget eintreten. Sie anerkennt die Bemühungen der Regierung um einen ausgeglichenen Staatsvoranschlag. Sie dankt jedoch auch der GPK, dass diese das Budget sorgfältig und auch kritisch geprüft und durchleuchtet hat. Gerade im Hinblick auf den Finanzplan und auf die Tatsache, dass dieses Resultat nur durch Auflösung von Reserven zustande gekommen ist, begrüsst die SVP-Fraktion auch die von der GPK beantragten Verbesserungen. Budgetverschlechterungen ausserhalb des Investitionsbereichs wird die SVP-Fraktion deshalb ablehnen.

Noch ein Wort zu Daniel Fischer und zum Sparen: Sie halten uns Bürgerlichen vor, wir seien einem Sparwahn verfallen. Zugegeben, wir sparen schon auf einem sehr hohen Niveau. Wo tut es denn letztlich weh? Sie aber sagen, wir würden uns zu Tode sparen. Das ist schon eigenartig. Möglicherweise haben Sie als Lehrer eben keine Ahnung vom Sparen. Sie sind durch die Kantonsschule gegangen, nachher sind Sie Lehrer geworden, hatten immer Ihren Lohn, und sparen mussten Sie eigentlich nie. Ich habe das in jungen Jahren anders erlebt mit einer jungen Familie und vier Kindern. Ich musste sparen. Sie können einmal zu mir zur Schule kommen. Es

täte einem Lehrer gar nicht schlecht, ein Seminar mit dem Titel „Was heisst Sparen?“ zu besuchen.

Ich bin überzeugt, dass auch der Kanton sparen muss. Und unter Sparen verstehe ich, dass wir Gelder nicht ausgeben, die nicht unbedingt ausgegeben werden müssen. Ein Beispiel: Der Regierungsrat wollte den Kantonschülern die Sprachaufenthalte, die wir noch finanzieren, streichen. Bereits da hiess es, man spare sich zu Tode.

**Kantonsratspräsident Hermann Beuter:** Ich bin auch Lehrer, und meine Finanzen sind in Ordnung, Charles Gysel.

**Richard Mink:** Als Fraktion, die nicht in der GPK vertreten ist, haben wir den Eindruck bekommen, dass die Vorarbeiten zum Staatsvoranschlag in Bezug auf die Zusammenarbeit von Regierungsrat und GPK unter einem wesentlich besseren Stern standen als in den Vorjahren. Wir werten dies als positives Zeichen und stellen auf beiden Seiten ein nicht geringes Mass an Lernfähigkeit fest, was nicht unbedingt selbstverständlich ist, wenn man die Altersdurchschnitte der beiden Gremien berücksichtigt. Das ist aber keine Breitseite gegen ältere Damen und Herren, ich gehöre auch zu ihnen.

Wir hoffen, dass die Budgetdebatte speditiv verläuft. Offensichtlich haben beide Seiten aus den unerfreulichen Beratungen im letzten Jahr gelernt. Das freut uns. Das Resultat ist denn auch entsprechend und findet unsere Zustimmung. Der Fehlbetrag der Laufenden Rechnung, rund 2,7 Mio. Franken, beläuft sich auf nunmehr 0,5 Prozent des Aufwands. Das Budget ist ausgeglichen. Dies ist in der heutigen Zeit, in der alle öffentlichen Haushalte, vor allem auch die der meisten Gemeinden, nur unter Schwierigkeiten einigermaßen befriedigende Voranschläge vorlegen können, ein sehr gutes Ergebnis. Bei näherem Hinschauen fällt auf, dass auf der Einnahmenseite die aufgelösten Steuerrestanzen bei den Staats- und Bundessteuern mit 5,5 Mio. Franken zur Besserung beitragen, ebenso die budgetierten Erlöse (1 Mio. Franken) aus Landverkäufen, Devestitionen also, die unser Interesse geweckt haben. Wir wüssten gern mehr darüber, gerade weil sie kaum wiederholbar sein dürften. Unter diesem Aspekt relativiert sich die positive Aussage in Bezug auf die Laufende Rechnung. Diese Posten tragen als einmalige Einnahmen zur wesentlichen Verbesserung bei und relativieren, wie gesagt, das Ergebnis.

Zur Investitionsrechnung: Da sind wir lediglich beim Waldhaus anderer Meinung als die GPK. Aufgeschobene Investitionen sind keine Einsparungen. Bezüglich des geforderten Konzepts fragen wir: Hat der Kanton bis anhin eine ihm gehörende Liegenschaft ohne Konzept betrieben? Das wäre grobfahrlässig gewesen. Wir erwarten klare Informationen. Bezüglich der Investition ins Waldhaus neigen wir aber dazu, diese in den Voranschlag aufzunehmen.

Das Streichkonzert treibt manchmal üppige Blüten. Wir im Büro des Kantonsrates hatten im Sinn, endlich diese antiquierte Mikrofonanlage zu verbessern, und entsprechend Fr. 30'000.- in den Voranschlag aufgenommen. Dann wurde mir mitgeteilt, die GPK habe diesen Betrag gestrichen, weil die Anlage nur Fr. 29'700.- koste. Die zusätzlich für bauliche und für Schreinerarbeiten eingesetzten Fr. 5'000.- wurden ebenfalls gestrichen; sie seien, hiess es, nicht detailliert mit einem Kostenvoranschlag begründet. Ich mache daraus keinen Kampf. Wir werden Ihnen dieses Projekt im nächsten Jahr nochmals gut vorbereitet und mit den nötigen Informationen vorlegen. Ich habe von der GPK allerdings den Eindruck einer gewissen Mickrigkeit bekommen, die bei einem Budget von 500 Mio. Franken nicht angebracht gewesen wäre.

Die CVP-Fraktion wird auf den Staatsvoranschlag 2004 eintreten und ihm in den meisten Fällen zustimmen.

**Martina Munz**, Präsidentin der GPK: Die GPK hat die erwähnten Fr. 35'000.- nicht aus dem Voranschlag gestrichen. Das Büro hat uns ein Papier zukommen lassen, das man nicht als Antrag bezeichnen kann. Wir haben es zurückgewiesen mit dem Wunsch für eine saubere Vorlage.

**Hans Jakob Gloor**: Unsere Fraktion hat mit Befriedigung vom Voranschlag Kenntnis genommen; wir werden ihn auch genehmigen. Es ist schön zu sehen, dass das kantonale Schiff auf Kurs bleibt.

Christian Heydecker hat das Wort Meisterleistung geäussert; wahrscheinlich ist er ein bisschen neidisch, dass nicht er der Meister ist. Wir sind weniger Zaubermeister, sondern eher bescheidene Knechte, die dafür sorgen wollen, dass die Fahrt einigermaßen gut weitergeht. Wir machen uns seit gestern wahrscheinlich auch einige Illusionen. Die Steuergeschenke für die Vermögenden (Fr. 400'000.-), die Holdinggesellschaften (1,6 Mio. Franken) und die Familien mit Kindern (2,2 Mio. Franken) sind gesprochen worden. Ohne diese Verteilaktion hätten wir ein Polster für noch schwierigere Zeiten schaffen und wohl Schuldenberge weiter abtragen können. Ich überlasse es zukünftigen Politikergenerationen zu beurteilen, was hier an der Wende von 2003 zu 2004 geschehen ist.

Ich bin mir sicher, dass wir im Voranschlag aus ökologischer Sicht einige Prioritäten anders setzen müssen: 1. Wir sind mit der SP der Meinung, dass wir im Strassenbau zu viel tun und dass die Strassenerneuerungsbeiträge sowie die Belagsarbeiten auf ein jährlich berechenbares Mass reduziert werden können. 2. Wir werden deutlich bekunden, dass wir gegen den Galgenbucktunnel sind. Den entsprechenden Projektierungskredit wollen wir streichen. 3. Wir wollen den Leistungsabbau unter den 34 Massnahmen im Entlastungspaket an den Schulen nicht mittragen. Wir wollen keine Streichung einer Lektion in der Orientierungsschule. 4. Wir werden allerdings bei der Waldhaussanierung im Gegensatz zur GPK den Betrag beibehalten, aber

vor der Realisierung noch einen Bericht zuhanden der GPK verlangen. Im Übrigen werden wir eintreten und den Voranschlag genehmigen.

**Arthur Müller:** Es ist nicht neu, dass bei der Budgetberatung immer wieder ideologische Grabenkämpfe inszeniert werden. Nur ändert dies am Voranschlag nichts, im Gegenteil, es könnte sogar zu Rohrkrepiern kommen. Die Regierung, von Optimismus geprägt, bezeichnet den ursprünglich vorgesehenen Ausgabenüberschuss der Laufenden Rechnung von 3,9 Mio. Franken als „praktisch ausgeglichenes Budget“. Die GPK hat nun dieses Defizit sogar noch um 1,3 Mio. Franken reduziert. Allerdings handelt es sich zum Teil um blasse Budgetkosmetik. Das Aufschieben von Aufgaben, selbst wenn es sich um Strassensanierungen handelt, ist kein echtes Sparen.

Der Stagnation in der wirtschaftlichen Entwicklung und den diversen Steuererleichterungen entsprechend, kommt es zu rückläufigen Steuererträgen (minus 1,4 Mio. Franken). Als Auswirkung der ständigen Mehrbelastung der Rentnergeneration nimmt die Zahl der Ergänzungsleistungsbezüger und somit auch die aufzuwendende Summe für die Kantonale EL um 2,8 Mio. Franken auf 25,2 Mio. Franken zu. Dabei beträgt allein der Verwaltungsbeitrag für die EL beinahe 1 Mio. Franken.

Objektiv betrachtet ebenfalls nicht gering ist der Anstieg des Personalaufwands um insgesamt 5,7 Mio. Franken. Dafür ist der Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer mit 42 Mio. Franken um 4 Mio. Franken höher als im Vorjahr, und auch am Gewinn der Nationalbank partizipiert unser Kanton mit 15,5 Mio. Franken, plus 2,2 Mio. Franken. Trotzdem erhöht sich der Schuldenberg des Kantons auf insgesamt 158 Mio. Franken!

Diese unerfreuliche Tendenz erfordert in einem durchdachten Mix Massnahmen zur Senkung des Aufwands – dies wurde von der Regierung bereits inszeniert – wie auch zur Verbesserung des Ertrags, wie dies der Volkswirtschaftsdirektor im Zusammenhang mit dem Finanzplan fast genial dargelegt hat. Auch der Finanzdirektor hat erläutert, wie dies möglich ist. Mit anderen Worten, es gilt, die strukturellen Probleme des Kantons und seiner Verwaltung anzupacken. Gleichzeitig gilt es danach zu trachten, dass diese Massnahmenaktivitäten in der derzeitigen Konjunkturlage auch stabilisierend wirken.

Wir sind für Eintreten auf den Voranschlag und werden sinnvolle Massnahmen, die in beide erwähnten Richtungen gehen, befürworten. Hingegen werden wir die ersatzlose Streichung einer Lektion aus den Stundentafeln der Orientierungsstufe nicht unterstützen. Diese Streichung ist beinahe strafbar. Dort wird nun wirklich am falschen Ort gespart.

**Marcel Wenger:** Charles Gysel fordert die Zusammenlegung der Tiefbauämter von Stadt und Kanton. Ich bitte ihn, nicht immer mit dem Filetirmesser hinter der Stadt herzurennen. Es ist sinnvoll, näher zusammenzurücken, wenn folgende Punkte erfüllt sind: 1. Die operative und politische Autonomie

für Tiefbau in der Stadt bleibt bei der Stadt. Solange wir verantwortlich für den Unterhalt des städtischen und des kantonalen Strassennetzes sind, bleibt diese Autonomie bei der Stadt. 2. Die Zusammenlegung von Ressourcen erfolgt unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und der Aufgaben einer Stadt mit Zentrumsfunktion. 3. Es gibt keine weiteren Lastenverschiebungen zugunsten des Kantons. 4. Die Tiefbauabteilung der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall müsste sinnvollerweise dabei sein. 5. Man soll doch bitte auch prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, die Tiefbauämter von Stadt, Kanton und Bezirk Andelfingen zusammenzulegen.

**Regierungsrat Hermann Keller:** Ich vernehme eine moderate Zustimmung zu einem befriedigenden Voranschlag. Ich stelle fest, dass die Auflösung der Reserven auf den Steuerrestanzen als legitim und auch als in der heutigen Zeit verständlich deklariert wird. Wir haben vier Mal hintereinander die Steuern gesenkt, was insgesamt 21 Mio. Franken ausmacht. Wir können diese nicht einfach mit nichts kompensieren, die Kernaufgaben trotzdem im gleichen Ausmass erfüllen und finanzieren sowie die Investitionen ansteigen lassen. Irgendwo spürt man natürlich die Auswirkungen.

Wenn wir die von Ihnen genannte Unschönheit der Tarifkorrektur, Hans Jakob Gloor, wegzählen, haben wir immer noch 20,6 Mio. Franken, die wir in diesen vier Etappen per Steuerreduktion wiederkehrend ausgegeben haben. Dieser kleine letzten Rest, mit dem wir eine kleine Chance packen wollen, bildet also die Differenz zwischen 20,6 Mio. Franken und 21 Mio. Franken!

Zur Pensionskasse: Wir fassen in der Verwaltungskommission jene Beschlüsse, die wir für sachlich richtig halten.

Es wurde mehr Transparenz gefordert. Ich glaube nicht, Liselotte Flubacher, dass es sich um eine Frage der Transparenz handelt; man sieht in der Laufenden wie in der Investitionsrechnung, was getan wird. Vielleicht fehlt die letzte Logik der Begründung, weshalb ein Vorhaben in der Laufenden, ein anderes jedoch in der Investitionsrechnung aufgeführt ist. Es besteht eine gewisse Grauzone in der Beurteilung. Bei den Investitionen wird etwas verzinst und abgeschrieben, in der Laufenden Rechnung ist es sofort im ganzen Ausmass erfolgswirksam.

Ich bedanke mich bei allen Sprechenden, dass sie für Eintreten votiert haben.

**Matthias Freivogel:** Christian Heydecker, wir befinden uns auf der mehrheitlich deutschen Seite des Rheins, und da weht ein Hauch von Bundestag, in dem die Budgetdebatte ja immer auch die Debatte der Generalabrechnung ist. Was Sie hier heute gesagt haben, kann ich nicht unwidersprochen lassen. Wer hat aus einer brauchbaren Vorlage des Regierungsrates eine für das Volk akzeptable gemacht? Die SP. Das Luftschloss sollte für Sie zu einem Geniestreich werden; wir haben die Vorlage auf die familienpolitische

Ebene gebracht, wohin sie auch von Anfang an gehörte. Was haben Sie auf der familienpolitischen Ebene getan? Sie haben von Blockzeiten gesprochen, die besser wären als ein paar Fränkli mehr für die Familien. Und was haben Sie als Kommissionspräsident der Blockzeitenkommission getan? Kläglich versagt. Sie haben es nicht einmal fertig gebracht, dass diese Kommission eine Motion lancierte. Nun haben Sie unsere Motion, welche die Blockzeiten fordert, unterschreiben müssen. So liegen die Tatsachen.

**Christian Heydecker:** Die Art und Weise, wie Sie als Nichtmitglied dieser Kommission über deren Arbeit herziehen, ist eine Sauerei. Das muss zuhänden des Protokolls gesagt sein.

Wie war es in der Kommission? Die Kommissionsmitglieder der SP können es Ihnen brühwarm erzählen. Ich war derjenige, der konstruktive Vorschläge machte, um die Blockzeiten zu retten. Wie haben sich die SP-Mitglieder verhalten? Stur. Sie wollten überhaupt nichts und blockierten vernünftige Lösungen. Nun hat zum Glück Silvia Pfeiffer diese Motion gemacht. Sie hat im Übrigen das in den Motionstext einfließen lassen, was ich in der Kommission vorgeschlagen habe. So politisiert die SP.

Die Wortmeldungen haben sich erschöpft. Ein Antrag auf Nichteintreten liegt nicht vor. Eintreten auf den Staatsvoranschlag ist somit stillschweigend beschlossen.

### **Detailberatung**

Grundlagen: Vorlagen des Regierungsrates vom 16. September 2003  
Bericht und Antrag der GPK betreffend Staatsvoranschlag  
2004, Amtsdruckschrift 03-116

### **20 Allgemeine Verwaltung 2010 Staatskanzlei 311.9500 Anschaffungen EDV**

**Bernhard Egli:** Ich spreche generell zu diesem Konto; die Staatskanzlei ist einfach die erste Abteilung, die im Staatsvoranschlag erscheint. Vergleicht man die Budgetposten „Anschaffungen EDV“ mit der Konkurrenz ausgesetzten Marktangeboten, kommt man unweigerlich zum Schluss, dass die budgetierten Beträge deutlich zu hoch sind beziehungsweise dass die Lieferfirma übertrieben beim Staat abkassiert. Ich stelle Ihnen deshalb den Antrag, die Summe der Budgetposten 311.9500 um Fr. 50'000.- zu kürzen. Diese Summe entspricht 10 Prozent des entsprechenden Gesamtbudgets von Fr. 500'000.-. Eine solche moderate Reduktion ist problemlos und ohne Qualitätseinbusse realisierbar.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Betrachten wir die EDV-Zusammenstellungen objektiv, so sehen wir, dass die Beschaffungen im Staatsvoranschlag 2004 gegenüber demjenigen von 2003 um mehr als Fr. 430'000.- zurückgehen. Das ist die Tatsache. Ich kann in Aussicht stellen, dass wir ab 2005 alle Beschaffungen durch die Verwaltung über die KSD werden laufen lassen, was uns eine noch bessere Rabattierung einbringen wird. In der kantonalen Verwaltung wird dann eine andere Budgetierung eingeführt. Die Hardware wird von der KSD beschafft, die kurzfristigen Abschreibungen werden innert vier Jahren getätigt; die Abteilungen weisen keine Beschaffungen mehr in der Rechnung aus, sondern nur noch Betriebskosten. Die Feststellung, die Bernhard Egli macht, kann ich so nicht unterstützen. Ich bitte Sie, die Fr. 50'000.- nicht zu streichen.

### **Abstimmung**

**Mit 29 : 17 wird der Antrag von Bernhard Egli abgelehnt.**

### **318.5051 Agglomerations- und Regionalpolitik**

**Jürg Tanner:** Zu welchem Zweck sind hier Fr. 50'000.- neu eingestellt worden?

**Staatsschreiber Reto Dubach:** Der Bund ist daran, eine neue Agglomerationspolitik zu entwickeln. Dazu gibt es ein Agglomerationsvorhaben. Viele Probleme fallen heute in der Agglomeration an, über die Grenzen hinaus. Der Bund finanziert das Projekt mit Fr. 50'000.-; die eingestellte Summe bildet den kantonalen Anteil.

### **21 Departement des Innern 2140 Gesundheitsamt / Kantonsärztlicher Dienst 301.0010 Besoldungen / Honorare Kommentar: S. 227**

**Richard Altorfer:** Die vakante Stelle der Gesundheitsförderung werde Mitte 2004 neu besetzt. Ich bitte den Regierungsrat dringend, die Gelegenheit zu nutzen, durch den Verzicht auf die Neubesetzung dieser Stelle jährlich wiederkehrend Geld zu sparen, ohne dass es jemandem weh tut und ohne dass ein Schaden entsteht. Es gehört nicht zu den Kernaufgaben des Staates, eine Stelle für Gesundheitsförderung zu betreiben. Wichtig ist mir, dass zwischen Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention unterschieden wird. In der Schweiz wird für Gesundheitsförderung sehr viel Geld ausgegeben, ohne dass die meisten davon wissen. Sie äufnen mit ihren Krankenkassenprämien eine Stiftung mit jährlich gut 35 Mio. Franken. Diese

hiess früher Stiftung 19, heute heisst sie Stiftung für Gesundheitsförderung und hat so viel Geld, dass sie kaum weiss, was sie damit anfangen soll. Es gibt nicht so viel Gesundheit zu fördern, wie sie Millionen hat. Solange in Bern so viel Geld für Gesundheitsförderung ausgegeben wird, muss ein kleiner Kanton wie Schaffhausen nicht auch noch eine eigene Stelle betreiben.

**Regierungsrat Herbert Bühl:** Die FDP-Fraktion hat diese Stelle selber per Motion gefordert. André Graedel hat dafür gesorgt. Offenbar treten gewisse Demenzercheinungen auf. Sie sollten sich schon noch daran erinnern, dass der Rat diese Stelle auf Ihr Begehren hin eingeführt hat. Ich habe jedoch in den letzten Jahren festgestellt, dass die Konzeption dieser Stelle nicht sehr gelungen ist. Wir haben sie nach dem Weggang von Hans Wydler, der sie ein Jahr lang betreut hat, auch nicht sofort wieder besetzt. Aber wir sind der Auffassung, dass wir im Präventionsbereich schon einige Aufgaben zu lösen haben. Es handelt sich um eine 60-Prozent-Stelle, und wir klären zurzeit ab, ob wir mit diesen Mitteln, die nun zur Hälfte im Voranschlag eingestellt sind, der Sucht- und Drogenberatungsstelle einen Leistungsauftrag erteilen könnten. Ich bitte Sie, den Betrag im Voranschlag zu belassen.

Wir haben auch etwas erreicht, denken Sie etwa an Midnight-Basketball am Samstagabend für die Jugendlichen. Die Stelle sollte aber nicht wie früher irgendwelche Funky Bars betreiben, sondern Projekte anstossen können. Wir sollten in der Lage sein, die Mittel, die in Bern bereitliegen, abzuholen. Hierfür brauchen wir Ressourcen.

**Iren Eichenberger:** Ich möchte von Gesundheitsseite her nur unterstützen, was Regierungsrat Herbert Bühl soeben gesagt hat. Vor kurzem haben wir über eine Motion betreffend Einschränkung der Tabakwerbung gesprochen. Sie wurde abgelehnt mit der Begründung, wir müssten in die Prävention investieren. Natürlich geht Gesundheitsförderung der Prävention vor, aber es ist doch die beste Art, etwas für die Gesundheit zu tun, indem wir bereits strukturell ansetzen. Im Übrigen geben wir mit dieser Stelle nicht nur Geld aus, im Gegenteil, wir sparen auch Geld, indem sie eine Gesamtkonzeption fördert, also die verschiedenen Gesundheitsangebote koordiniert.

### **2162 Schulen für Berufe im Gesundheitswesen 363.400 Betriebszuschüsse an Physiotherapieschule**

**Willi Lutz:** Warum diese massive Steigerung um Fr. 130'000.- gegenüber der Rechnung 2002? Auf Seite 299 ist keine Erklärung zu finden. Warum äussert sich die GPK nicht zu dieser grossen Differenz? Es kommt mir an dieser Stelle der bekannte Werbespruch in den Sinn: „Dies ist ein Heilmittel. Bei weiteren Fragen wenden Sie sich an Ihren Arzt oder Apotheker.“

**Regierungsrat Herbert Bühl:** Es sind schlicht und einfach die Schülerzahlen, die variieren. Wir haben wieder mehr Schüler, welche die Physiotherapieausbildung absolvieren. Deshalb steigen die Kosten. Die Schülerzahlen sind als Budgetierungsgrundlage auf Seite 299 aufgelistet.

### **2160 Krankenanstalten**

**Marianne Hug-Neidhart:** Gestatten Sie mir eine grundsätzliche Bemerkung zu den Krankenanstalten, speziell zum Kantonsspital. Sicher haben alle von Ihnen schon einen kranken Angehörigen oder Bekannten im Spital besucht. Sicher haben Sie dann auch festgestellt, wie wichtig und wertvoll dieser Besuch für den Patienten war.

Da ich in einer Gemeinde wohne, die nicht sehr regelmässig von einem öffentlichen Verkehrsmittel frequentiert wird, benutze ich für meine Anreise das Auto. Ich frage mich jedes Mal bei einem Besuch im Kantonsspital, ob das Erheben von Parkplatzgebühren dort wirklich unbedingt nötig ist oder ob sich nicht eine andere Lösung finden liesse. Bei jedem anderen Parkplatz kann ich das Erheben von Gebühren ohne weiteres nachvollziehen. Nach meinen Erkundigungen resultieren aus den Parkgebühren beim Kantonsspital gerade mal Fr. 100'000.-.

**Regierungsrat Herbert Bühl:** Die Parkgebühren haben einen Lenkungszweck: Möglichst viele Mitarbeitende und möglichst viele Besucherinnen und Besucher sollen das öffentliche Verkehrsmittel, das alle zehn Minuten beim Kantonsspital und beim Pflegezentrum hält, benützen. Ich habe Verständnis, wenn Sie von weit her mit dem Auto kommen, aber es wäre auch möglich, dieses irgendwo anders auf dem Stadtgebiet zu parkieren und dann mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zum Spital zu fahren.

Würden wir die Parkgebühren aufheben, wäre dieser Parkplatz mit Fahrzeugen von Pendlern vollgestellt. Wir hatten diese Situation schon einmal, nämlich an der J.J. Wepferstrasse, wo die Autos bis in den Wald geparkt waren. Ich bin nicht bereit, hier freiwillig von den Parkgebühren abzurücken, dazu müssten Sie mich mit einem Beschluss zwingen.

### **22 Erziehungsdepartement 2238 Orientierungsschulen 302.000 Besoldungen**

**Arthur Müller:** Ich beantrage, die Einsparung von Fr. 125'000.- gemäss Massnahmenpaket wieder einzustellen. Die Reduktion der Lektionenzahl wäre auch deshalb falsch, weil der eben erst eingeführte Lehrplan bereits wieder überholt werden müsste. Zudem ist dieser Sparbeitrag in Bezug auf die Gesamtsumme von 12,7 Mio. Franken äusserst minimal. Wir müssen für

eine maximale Ausbildung unserer Jugend eintreten – in dieser Beziehung sind wir uns doch meistens einig.

**Hans Jakob Gloor:** Wir sind nicht bereit, das mitzutragen, was die Regierung will. Es hat uns gefreut, dass der Erziehungsrat nicht darauf eingegangen ist, die Stundentafel zu ändern. Wir dürfen die Schule nicht weiter schwächen. Eine Stunde, so sagen viele, mache nicht viel aus, es gebe auch an einer Real- oder an einer Sekundarschule Leerläufe. Zugegeben, aber die Schule kann nicht jede Minute effizient geführt werden. Das wäre auch nicht human. Mit der Streichung einer Stunde würden wir ein verhängnisvolles Signal aussenden: „Es ist uns nicht so wichtig, was in der Real- und der Sekundarschule geboten wird.“ Heute ist gar nichts an der Schule überflüssig! Die Lehrkräfte sagen uns ja unentwegt, sie müssten für die Schüler mehr Zeit haben. Die Stundentafel erträgt also keinerlei Abstriche.

**Daniel Fischer:** Wir haben vor nicht allzu langer Zeit in langwieriger, aufwändiger Arbeit einen neuen, modernen und innovativen Lehrplan erarbeitet und danach in Kraft gesetzt. In jener Phase hätten solche Streichungsanträge eigentlich eingebracht werden müssen. Nun soll dieser Lehrplan durch die Streichung einer Lektion in der Orientierungsstufe wieder über den Haufen geworfen werden. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Streichung welchen Fachs auch immer Auswirkungen bis hinauf zur Kantonsschule hat.

Einmal abgesehen vom Sinn einer solchen Streichung – wir können doch nicht mit einer Blankovollmacht einfach mir nichts, dir nichts eine Lektion streichen, ohne zu wissen, welche. Ist es eine Sportstunde? In der Orientierungsstufe sind Sportstunden sehr wertvolle Elemente. Eine Sportstunde unterbricht den Schulalltag, lockert auf, frischt auf; die Schüler sind danach wieder besser bereit, neuen Lernstoff aufzunehmen und zu verarbeiten. Oder soll es eine Lateinstunde sein? Hier könnten wir versucht sein zu sagen: Das ist überholt, das könnten wir abschaffen. Nur muss man wissen, dass die Kantonsschule bis zur Matura im Fach Latein umfassende Lernziele erreichen muss und auf der Sekundarstufe aufbaut. Wird dieses Fach dort gestrichen, muss die Lücke in der Kantonsschule geschlossen werden. Aber wie? Mit einer zusätzlichen Lateinstunde, die dann mehr kostet, als wenn sie ein Sekundarlehrer erteilt? Oder streichen wir eine Deutschstunde? Pisa lässt grüssen. Genauso verhält es sich mit der Mathematik.

Fazit: Diese Streichung auf Vorrat ist unüberlegt und kontraproduktiv. Sie geht zulasten der Qualität und der Schüler. Die Lehrer haben dies bemerkt, der noch tätige Erziehungsrat hat dies bemerkt, und – dessen bin ich mir sicher – auch viele hier im Saal haben es bemerkt.

Wo soll alternativ gespart werden, wenn wir diesen Betrag wieder aufnehmen? Ganz einfach: Es herrscht gar kein Handlungsbedarf. Eine Kompensation ist bereits gefunden worden: Auf die Englischausbildung für Primar-

schullehrpersonen im Rahmen von Fr. 165'000.- wird verzichtet (Position 2230 / 309.0300).

Ich halte deshalb den von Arthur Müller gestellten Antrag für richtig. Die wieder einzustellenden Fr. 125'000.- müssten aber aufgeteilt werden auf Position 2238 / 302.0000 (plus Fr. 106'000.-) und Position 303.0000 (plus Fr. 19'000.-). Ich bitte Sie im Namen von Arthur Müller und Hans Jakob Gloor, diesen Antrag zu unterstützen.

**Marianne Hug-Neidhart:** Letzte Woche entnahm ich einer Presseinformation, dass der Erziehungsrat die geplante Reduktion einer obligatorischen Lektion auf der Oberstufe aus pädagogischer Sicht nicht verantworten kann; die Lernziele seien mit der Studentafel nicht mehr zu vereinbaren. Diese Streichung wurde allerdings bereits im Rahmen des Massnahmenpakets zur Entlastung des Staatshaushalts am 15.09.2003 im Kantonsrat diskutiert und verabschiedet.

Ich bin überrascht, dass das Problem erst jetzt im Rahmen des Staatsvoranschlags zum Thema wird. In diesem Zusammenhang frage ich Regierungsrat Heinz Albicker: Ist es zutreffend, dass sich der Erziehungsrat vorgängig nicht mit den geplanten und beschlossenen Sparmassnahmen befasst hat oder befassen konnte?

Das Sparpaket hat bekanntlich in allen Departementen Opfer gefordert. Es ist aber meiner Meinung nach nicht sinnvoll, wenn wir jetzt im Nachhinein das ganze Paket wieder aufzuschnüren beginnen. Wir eröffnen damit nur eine erneute Debatte über das Massnahmenpaket zur Entlastung des Staatshaushalts. Vielmehr wären im Vorfeld alternative Sparvorschläge gefragt gewesen; ich erinnere Sie an die diesbezüglichen Anstrengungen von Kantonsschule und Landwirtschaftsamt. Die Reduktion um eine Lektion in der Oberstufe ist auch aus meiner Sicht ein problematischer Eingriff. Wenn sich im Erziehungsdepartement bis zum nächsten August anderweitige Sparmöglichkeiten eruieren lassen, verschliessen wir uns im Rat sicher nicht davor. Ich möchte Sie inständig zu diesbezüglichen Bemühungen ermuntern.

**Martina Munz,** Präsidentin der GPK: Wir haben das Massnahmenpaket im Rat behandelt. In der Spezialkommission und anschliessend in der Beratung haben wir jedoch lediglich diejenigen Positionen behandelt, die eine Gesetzes- oder eine Dekretsänderung zur Folge hatten. Bei dieser Massnahme ist keine Dekretsänderung erforderlich, weshalb wir sie nicht behandelt haben. Dafür haben wir ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie zuerst in der GPK und danach in der Beratung des Staatsvoranschlags zur Debatte steht.

**Ernst Schläpfer:** Letzte Woche wurde an unserer Schule eine Stufenkonferenz der Realschullehrkräfte durchgeführt. Anschliessend an die Konferenz fand eine Podiumsdiskussion statt, an der die Lehrmeister aus dem Ge-

werbe, aus der Industrie, die Schulleiter von KV und BBZ und die Orientierungsstufe vertreten waren. Alle Podiumsteilnehmer waren sich darüber einig, dass die Fertigkeiten der austretenden Schüler – also der zukünftigen Lehrlinge – sinken. Die Verbände müssen reagieren, indem sie in grossem Mass Eintrittstests für Lehrlinge organisieren, um die Qualifikationen zu prüfen. Trotz diesen Massnahmen stellen wir generell fest, dass diese Schüler je länger, je weniger können. Da müssen wir Gegensteuer geben. Aber sicher nicht durch Abbau! Ich bitte Sie, die Streichung nicht zu vollziehen und den Betrag wieder aufzustocken.

**Ruedi Flubacher:** Eigentlich wollte ich Ihnen zurufen: Stimmen Sie, wie Sie wollen, schon heute werden viele Lernziele nicht erreicht, da kommt es auf ein weiteres nicht mehr an. Wichtig ist, dass man die Lernziele nach unten korrigiert, wenn man merkt, dass man sie nicht erreichen kann. Ich gebe Ihnen drei Beispiele von Lernzielen, die man in der Sekundarschule kaum erreicht:

1. „envol“: In der 1. Sek. wird Band 7, in der 2. Sek. Band 8 abgeschlossen. Das Ziel wurde nicht erreicht. Es mussten sogar Separatdrucke angefertigt werden, damit man über die Runden kam. 2. Informatik: Die Lehrkräfte sind gehalten, die Schüler mit einer – übrigens sehr guten – CD auszubilden. Ein Zeitgefäss wird uns aber nicht zur Verfügung gestellt. Mir fehlt die entsprechende Lektion, also muss ich mir überlegen, ob ich Informatik während der Französisch- oder der Englischstunde unterrichten soll. Zudem sind viele Lehrkräfte schlecht ausgebildet (ich bin nicht Informatiker!). 3. MuM, Mensch und Mitwelt: Eine Unmenge von verschiedenen Themen aus verschiedenen Bereichen wie Chemie, Physik, Geschichte, Geografie und so weiter wird auf die Sekundarschule losgelassen. Die Aufteilung der Lektionen war zum Teil höchst ungeschickt. Ein Geschichtslehrer hat halt nicht die gleiche Ausbildung wie ein Geografielehrer; und so wird an einigen Schulen nur eine Stunde Biologie, an anderen nur eine Stunde Geschichte erteilt. Auch diesbezüglich werden die Lernziele nicht überall gleich verfolgt und erreicht.

Anmerkung: Ein Mathematiklehrer hat uns Sprachlehrern empfohlen, die Sprachen vernetzter zu erteilen und den Sammelbegriff „Mensch und Sprachen“ (MuS) einzuführen. Sie sehen, ich echauffiere mich bereits wieder, wie ich mich auch jedes Mal aufrege, wenn ich am Schluss des Schulbesuchs die Frage gestellt bekomme, ob die Lernziele erreicht worden seien.

Ich bitte Sie dringend, der Tendenz zum Abbau nicht noch einmal Vorschub zu leisten, indem Sie eine Stunde streichen. Diese Massnahme stünde komplett quer in der Bildungslandschaft.

**Jürg Tanner:** Art. 70 des Schulgesetzes lautet: „Die Aufsicht über das gesamte Schulwesen übt der Erziehungsrat aus. Er stellt zuhanden des Regierungsrates Anträge über die Genehmigung von Regelungen in Schulangelegenheiten, aus denen sich finanzielle Mehrbelastungen ergeben. Im Übrigen“

gen ist der Erziehungsrat abschliessend zuständig für den Erlass sämtlicher Ausführungsbestimmungen zum Schulgesetz, die nicht ausdrücklich durch dieses und durch die Dekrete des Grossen Rates einer anderen Instanz zugewiesen sind.“ Die Streichung einer Lektion ist keine Massnahme, die etwas kostet, also ist nicht der Regierungsrat, sondern der Erziehungsrat zuständig. Dieser hat die Massnahme abgelehnt. Laut Dekret ist er „im Wesentlichen zuständig für Unterrichtsfächer, Lehrpläne und Lehrmittel“ (§ 54). Ich spare heute einmal tatsächlich nicht, nämlich mit Kritik am Erziehungsdirektor. Es wird uns eine Sparmassnahme vorgelegt, die in der Zwischenzeit vom zuständigen Organ abgelehnt worden ist. Wir können den Betrag wieder in den Voranschlag aufnehmen.

**Annelies Keller:** Was Ruedi Flubacher sagte, ist tragisch. Er hat zudem nur die Spitze des Eisbergs gezeigt. Ich bekomme immer wieder Anfragen von Lehrern aus dem Kanton Schaffhausen, die sich aber nicht gern an eine SVP-Kantonsrätin wenden, weil sie sich vielleicht von der SVP nicht so stark vertreten fühlen. Sie zeigen auf, was in dieser Schule passiert und vielleicht auch beim Lehrplan passiert ist, den Daniel Fischer als Begründung für die Beibehaltung der Lektion angeführt hat. Der Lehrplan ist dermassen umfangreich und ein Werk des Dschungels, dass ein Handbuch zu dessen Gebrauch geschrieben werden musste.

Eine teure Schule ist nicht zwangsläufig eine gute Schule. Wenn ich höre, dass die Lernziele nach unten angepasst werden mussten, kann ich nur in aller Kürze sagen: Je mehr Geld der Staat ausgibt, desto weniger fruchtet dies offensichtlich bei den Empfängern, also bei den Schülern. Wir kranken doch daran, dass wir der Schule immer mehr Aufgaben aufgehalst haben und dass sich das Elternhaus immer mehr aus seiner Verantwortung gestohlen hat. Es beginnt beim Zähputzen und geht über den Verkehrs- bis hin zum Sexualunterricht.

Beim Massnahmenpaket hatten wir einen einigen Regierungsrat, der mit einer Stimme sprach. Ich hoffe, dass diese Stimme heute nicht verloren geht beziehungsweise dass Regierungsrat Heinz Albicker nun sein Wort nicht bricht, das er beim Massnahmenpaket gegeben hat.

**Rainer Schmidig:** Gerade die Orientierungsstufe ist für die Ausbildung einer jungen Person von zentraler Bedeutung. Es ist deshalb aus unserer Sicht nicht zu verantworten, hier einen Qualitätsabbau in der Ausbildung vorzunehmen. Weiter ist zu beachten, dass eine Änderung der Stundentafeln und damit der Lehrpläne der Orientierungsschule immer auch Auswirkungen hat, ja sogar zu Reformen in den Anschlusschulen führt, bis hin zu Kantonsschule, KV und BBZ. Gerade aber auch hier sind in der letzten Zeit mehr als genug Reformen und Veränderungen vorgenommen worden. Jeder Eingriff in die Stundentafel ist vergleichbar mit einer Änderung an einem über längere Zeit sehr gut optimierten Mobile. Ändern Sie etwas am einen

Ende, wackelt es am andern. Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, müssen Sie grosse Anstrengungen unternehmen. Glauben Sie nicht, dass die dann notwendigen Änderungen nichts kosten. Ich bitte Sie eindringlich, im Sinne des Ganzen, nämlich der Ausbildung unserer Jugend, dem Antrag auf Erhöhung dieses Budgetpostens zuzustimmen.

Zum Schluss eine Bitte an Charles Gysel. Wenn er wieder einmal den Fremdsprachenaufenthalt erwähnt, möge er bitte auch Folgendes erwähnen: Die Eltern finanzieren diesen Fremdsprachenaufenthalt zu weit mehr als der Hälfte mit. Der Fremdsprachenaufenthalt ist eine Kompensation für die Kürzung des Unterrichts in den Sprachen um weit mehr als ein Jahrespensum. Um diesen Fremdsprachenaufenthalt, weil er uns so wertvoll war, zu erhalten, haben die Lehrerinnen und Lehrer der Kantonsschule auf einen Lohnanteil verzichtet. Die Lehrkräfte wissen also sehr wohl, was Sparen heisst.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Ich verzichte auf alle Details und fasse mich kurz. Dieser Antrag ist in der GPK gestellt worden, und ich habe damals gesagt – und sage es auch heute –, dass der Erziehungsdirektor und die gesamte Regierung zum Sparmassnahmenpaket stehen. Punkt. Der Erziehungsrat musste letzte Woche entscheiden, welche Fächer gestrichen werden sollten. Als es ans Eingemachte ging und zu hören war, es würden im Parlament Anträge gestellt werden, hat der Erziehungsrat gegen meine Stimme mit 8 : 3 seinen Zeitungsartikel verabschiedet; er witterte erneut Morgenluft.

Diese Lektion schmerzt; es handelt sich um einen Abbau. Aber ich habe es immer gesagt: Wenn ich im Erziehungsdepartement Kürzungen vornehmen muss und man merkt nichts, dann haben wir Fleisch am Knochen. Das haben wir aber nicht. Wenn ich kürze, bekommen dies entweder die Eltern oder die Kinder oder die Lehrkräfte zu spüren. Der Bildungsdirektor hat nun einmal einen Betrag von deutlich mehr als 100 Mio. Franken zu verwalten; will er das regierungsrätliche Ziel mitverfolgen, so muss er doch auch irgendwo kürzen.

Sport steht zur Diskussion. Latein an der Sekundarschule ist im Gespräch, wobei da bereits Druck von der Kantonsschule her kommt. Es gibt aber in der Ostschweiz keinen Kanton, in dem Latein an der Sekundarschule unterrichtet wird. Es gibt auch praktisch kein Langzeitgymnasium, in dem vom ersten Schuljahr an Lateinunterricht erteilt wird. Wir haben über das Fach „Mensch und Mitwelt“ an der Sekundarschule gesprochen. Auch über die Abteilungslektionen an der Realschule wurde diskutiert. Da hätten die Schüler nicht eine Lektion weniger, sondern eine andere Form der Lektionen.

Dann hat ein Lehrer wieder einmal so richtig schön Werbung für die Schule gemacht. Es gelingt ja den Lehrern bestens, ihr Image immer so positiv zu verkaufen! Vielen Dank, Herr Kollege. Es ist einfach lausig, was gewisse

Lehrkräfte von sich geben. Der Lehrplan wurde vor meiner Zeit erstellt – von 80 Lehrkräften, meine Damen und Herren. Es waren keine Wissenschaftler, keine ED-Lobbyisten, sondern die Lehrkräfte selber. Der Lehrplan befindet sich nun im Versuchsbetrieb, und das bedeutet, dass Korrekturen angebracht werden können. Ich erwarte eigentlich von den Lehrkräften, dass sie erklären, wo Probleme bestehen, dass sie die Hotline benutzen und die Projektleiterin mit Korrekturvorschlägen überfallen. Ruedi Flubacher sei nicht Informatiker und habe kein Zeitgefäss. Seit Jahren haben wir Kurse; es besteht eine Lehrerweiterbildungsverordnung. Ruedi Flubacher kann Kurse besuchen, so viele er will, und erst noch etwas für seine persönliche Weiterentwicklung tun. Das ist doch nicht Sache des Erziehungsdirektors. Beim „envol“ hat er Recht. Vor einem Jahr wurde an der Lehrerkonferenz gesagt, dass die Ziele so nicht erreicht werden könnten. Ich habe mich in der EDK-Ost für eine ostschweizerische Lösung eingesetzt. Es hat geheissen, man kenne dieses Problem nicht. Nachher kam heraus, dass alle Kantone dasselbe Problem hatten, und da jeder von ihnen in unserer föderalistischen Bildungslandschaft eine eigene Lösung erarbeitet hatte, mussten wir auch für den Kanton Schaffhausen eine eigene Lösung finden.

Kurz: Die Regierung stellt Ihnen den Gegenantrag. Wir müssen die Fr. 125'000.- dem Konzept der Sparmassnahmen zuliebe draussen lassen.

**Christian Heydecker:** Wir haben in diesem Jahr die Vorlage zur Entlastung der Lehrpersonen verabschiedet. Sie mögen sich vielleicht noch dunkel erinnern: In diesem regierungsrätlichen Bericht wurde ein Blick über den Rhein Richtung Thurgau geworfen. Da wurde erwähnt, dass der Thurgau ebenfalls eine Entlastung seiner Lehrpersonen vorgenommen und im Orientierungsschulbereich diese Entlastung mehr oder weniger kostenneutral umgesetzt hat, und zwar durch eine Änderung der Studentafel. Der Thurgau ist keine bildungspolitische Bananenrepublik. Aber etwas kann man sagen: In der eidgenössischen Steuerstatistik steht er deutlich vor dem Kanton Schaffhausen. Sie müssen nicht fragen, weshalb. Der Thurgau hat das, was wir jetzt diskutieren, durchgezogen. Auch in anderen Bereichen ist er einen unbequemen Weg gegangen. Ich erwähne die epische Diskussion über die Reduktion der Bau- und Betriebskostenbeiträge an die Altersheime. Der Thurgau zahlt gar keine Beiträge, weder an die Bau- noch an die Betriebskosten. Wir müssen uns nicht wundern, dass der Thurgau steuerlich so viel besser da steht. Bedenken Sie: Vor einigen Jahren lag er noch hinter uns. Wir sollen uns am Kanton Zürich orientieren, aber eben auch am Thurgau und vielleicht einmal einen schmerzhaften Weg gehen. Heute diskutieren wir über Fr. 125'000.-. Ab 2005 werden es aber bereits Fr. 300'000.- sein, die wir einsparen. Ich bitte Sie, bei den Anträgen der Regierung zu bleiben.

**Jürg Tanner:** Wenn nun der Erziehungsrat sagt – er hat die Kompetenz dazu, es wurde mir auch nicht widersprochen –, diese Lektion werde nicht gestrichen, ist doch unsere ganze Diskussion sinnlos. Wir als Kantonsrat haben die Kompetenz, eine Lektion zu streichen, nicht.

**Regierungsrat Heinz Albicker:** Der Erziehungsrat wusste um diese Streichung im Voranschlag. Die Aufnahme in den Staatsvoranschlag ist doch aber Sache des Kantonsrates; dieser hat die Budgethoheit. Der Erziehungsrat hat keine finanziellen Kompetenzen. Ich muss jede Vorlage, auch wenn es um relativ wenig Geld geht, in die Regierung oder, bei Nichtzuständigkeit der Regierung, in den Kantonsrat bringen. Sagt dieser nun, die Fr. 125'000.- bleiben gestrichen, so ist dies auch für den Erziehungsrat verbindlich.

### **Abstimmung**

**Mit 37 : 35 wird dem Antrag des Regierungsrates zugestimmt. Die Fr. 125'000.- bleiben somit gestrichen.**

\*

**Schluss** der Sitzung: 12.15 Uhr